

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark pro annua subdit. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänemark, Ost- und Westpreußen, Liechtenstein, Estland, Lettland, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Wochenschrift „Unterhaltung und Wissen“ und freizeitspendende „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 2. Februar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertikalkonto: Berlin 37 378 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 45; Distrikto-Geschäft, Popowitschstraße 7.

Anzeigenpreise: Die einzeilige Normalzeile 50 Pfennig. Restzeilen 40 Pfennig. „Reine Einzelzeile“ das fettdruckte Wort 25 Pfennig (außer bei zwei fettdruckten Worten, jedes weitere Wort 12 Pfennig). Einzeilen für den ersten Satz 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptredaktionsbüro Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Abrüstungskonferenz vertagt.

Gründe und Scheingründe.

Genf, 1. Februar. (WIZ.) Die Ratsvertreter Frankreichs, Italiens, Japans, der Tschechoslowakei und Uruguays haben beim Sekretär des Völkerbundes den Antrag gestellt, den Zusammentritt der Vorbereitenden Kommission der Abrüstungskonferenz zu vertagen.

Mit diesem Antrag wird der einstimmige Dezemberbeschluss des Völkerbundesrates, die Besprechungen über die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz am 15. Februar zu beginnen, umgestoßen. Der Vertagungsantrag wird von der Hälfte der Ratsmächte, darunter drei Großmächte, unterstützt. Chamberlain hat sich von Briand bei der Pariser Begegnung zwar nicht dazu überreden lassen, seinen Antrag zu unterstützen; aber England wird voraussichtlich so wenig wie Belgien, das sehr bemerkenswerterweise diesmal nicht mit Frankreich geht, sich gegen Frankreich stellen. So ist nicht daran zu zweifeln, daß die noch ausstehenden Ratsmächte mit mehr oder minder lebhaftem Bedauern auf den Vorschlag der andern eingehen und der Rat die Vertagung um zwei bis drei Monate vertagen wird.

Die Sache der Abrüstung hat eine Schlappe erlitten. Der erste ernsthafte Schritt auf dem steilen Weg der Abrüstung ist nicht getan worden. Eine Summe von kleinen und größeren Ursachen brachte diesen Fehlschlag hervor. Manche Regierungen hatten die Vorarbeiten noch nicht beendet. Die unentbehrliche Teilnahme der Sowjetunion war noch nicht sicher; gerade heute einlaufende Berner Meldungen besagen, daß der schweizerische Bundesrat die russischen Bedingungen nur zum Teil annehmen wolle, und in seiner Sonntagabend durch Frankreich übermittelten Antwort nun seinerseits Entschädigungsforderungen (so für die Blünderung der Schweizer Gesellschaft in Petrograd) gestellt habe. Ramentlich in Frankreich erhoben sich Stimmen. Deutschland dürfe erst nach der noch ausstehenden Feststellung seiner Abrüstung an einer Abrüstungskonferenz teilnehmen.

Diese Argumente sind nun in Frankreich durchgeschlagen. Sie — ebenso wie der Kampf um die Besatzungsziffer — sind ein Beweis dafür, daß der Einfluß der „nationalen“ der Ab-

rüstung feindlichen Kräfte nach der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno zunahm. Frankreich hat zwar vermieden, den Antrag allein zu stellen, wenn aber vier andere Regierungen es in seiner Abrüstungsabotage unterstützten, so bringt das eben zum Ausdruck, wie wenig der Geist von Locarno sich von selber durchsetzt, und wie notwendig es ist und bleibt, über den Anfang durch ständige Arbeit hinauszukommen.

In Deutschland werden manche Kreise befriedigt ein „Verfagen des Völkerbundes“ feststellen. Da aber der Völkerbund ein gemeinschaftliches Organ der Regierungen ist und die Regierungen eben die in ihren Ländern herrschende Politik treiben, so liegt die Schuld an der Schlappe bei den Völkern und ihrer öffentlichen Meinung selbst. In der Tat war seit drei Wochen, wo die Diskussion über die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der Vertagung einsetzte, immer wieder eine weitverbreitete internationale Bedrohlichkeit gegenüber der Abrüstung festzustellen. Sie schuf die Stimmung, in der man den europäischen Abrüstungsabotageuren freie Hand ließ, einen Beschluß zu fassen, der namentlich in den Vereinigten Staaten einen schweren Rückschlag gegen die Abrüstung Europas auslösen kann.

Je ernster die Wirkungen des im Völkerbund eingebrachten Vertagungsantrags sind, um so größer ist die internationale Pflicht für die Abrüstung weiterzuführen. Verlangen die Bourgeoisregierungen, dann muß ihnen eine internationale Aktion der arbeitenden Klasse ihren Abrüstungswillen aufzwingen.

„Haltet den Dieb!“

Paris, 1. Februar. (Eigener Drohtbericht.) Die französische Reichspresse verurteilt Deutschland für die Vertagung der vorbereiteten Abrüstungskonferenz verantwortlich zu machen, und zwar mit dem Argument, daß die deutsche Regierung noch immer im Rückstande mit den von ihr auf dem Gebiete der Entwaffnung übernommenen Verpflichtungen sei und zu einer Diskussion über dieses heikle Thema nicht zugelassen werden könne, solange es nicht Mitglied des Völkerbundes sei.

nisses durch einen Vertreter des Außenkommissariats dem deutschen Geschäftsträger ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen und in einer Note von der Enthebung des schuldigen Agenten von seinem Posten Kenntnis gegeben, sowie seine Bestrafung in Aussicht gestellt. Der an dem Vorfall mitschuldige Eisenbahnangestellte ist in Haft genommen und wird zur Verantwortung gezogen.

Die deutsche Regierung sieht damit, sobald die in Aussicht gestellte Rückgabe der Amtspost erfolgt ist, diesen Vorfall als erledigt an. Wegen Regelung des früheren, mit der Vertagung des Konsularagenten in Zusammenhang stehenden Vorfalls sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Reinehalbmilliardenkredite für die Wirtschaft Eine antiische Richtigerstellung.

Amtlich wird mitgeteilt: Zu der in der Presse verbreiteten Mitteilung über angebliche Millionenkredite an die Wirtschaft aus öffentlichen Mitteln ist festzustellen, daß sich das gegenwärtige Reichskabinett selbstverständlich ebenso wie das vorhergehende mit der Frage beschäftigt, wie der Wirtschaft in der augenblicklichen schwierigen Lage Erleichterung gebracht werden kann.

Es ist aber völlig ausgeschlossen, daß auch nur annähernd die genannten phantastischen Summen zur Verfügung gestellt werden können. Es ist insbesondere auch zu bedenken, daß die zurzeit verfügbaren öffentlichen Mittel bereits in der Wirtschaft arbeiten, und es sich bestenfalls darum handeln kann, diese Mittel in anderer Weise als bisher der Wirtschaft zuzuleiten.

Uebrigens geht das Reichskabinett, wie in der Regierungserklärung deutlich ausgesprochen worden ist, vor allen Dingen darauf aus, Steuererleichterungen herbeizuführen, wodurch sich die für Kreditzwecke zur Verfügung stehenden Mittel selbstverständlich vermindern.

Lohnkonflikt im Industriegebiet.

Die Unternehmer fordern Lohnabbau.

Essen, 1. Februar. (WIZ.) Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe hat das durch den Schiedsspruch vom 28. Oktober 1925 festgesetzte Lohnabkommen zum 28. Februar 1926 gekündigt und eine Herabsetzung der Löhne gefordert. Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften finden am 11. Februar statt.

Luthers Sozialpolitik.

Zur Kritik des Regierungsprogramms.

Zu den unterernährten Teilen des Regierungsprogramms gehört der Abschnitt über die Sozialpolitik. Die vieldeutigen Ausführungen des Reichskanzlers Luther waren nicht geeignet, bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Vertrauen zu erwecken. Allerdings: schöne Formulierungen allein tun auch nicht. Es kommt auf die kraftvolle Ausführung jenes Mindestmaßes sozialpolitischer Schutzmaßnahmen an, die in Zeiten sozialer Krisen unentbehrlicher denn je sind.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat der zweiten Regierung Luther ermöglicht, zu zeigen, ob hinter ihren Worten der entschlossene Wille zu sozialer Verantwortung steht. Soziale Verantwortung heißt: das wichtigste Gut der Nation, die Arbeitskraft, zu schützen. So steht es auch in der Reichsverfassung. Der Satz: die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reichs, muß lebensvolle Wirklichkeit werden.

In der Regierungserklärung heißt es, daß die Regierung mit allem Ernst nicht zuletzt auf sozialpolitischem Gebiet alles tun muß, was möglich ist, um die Not weitester Volksschichten zu lindern. Das ist eine sehr zweideutige Formulierung. Um das, was möglich ist, geht von jeher der Streit. Die entscheidende Frage ist deshalb, ob das Ausmaß der deutschen Sozialpolitik auch in Zukunft von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und vom Reichsverband der deutschen Industrie bestimmt wird.

Seit einigen Jahren strebt die deutsche Sozialpolitik im Zeichen des Abbaues. Die Unternehmer forderten diesen Abbau als Voraussetzung der Wirtschaftsgesundung. Diese Auffassung wurde in weitem Umfange von den letzten bürgerlichen Regierungen geteilt. Der seit vielen Jahren die Geschichte der deutschen Sozialpolitik bestimmende Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nannte in seiner Verteidigungsschrift „Wirtschaftskrisis und Sozialpolitik“ den Abbau der Sozialpolitik Einschränkungen, die letzten Endes nur Rettung und Gewinn bedeuten. Auch der damalige Reichsminister der Finanzen und jetzige Reichskanzler Dr. Luther gab in seiner Broschüre „Feste Mars — Soziale Wirtschaft“ nicht nur neue ökonomische Theorien zum besten, er begründete auch den Abbau der Sozialpolitik und die Niedrighaltung der Löhne und Gehälter mit jenen berühmten Substanzverlusten, die eine Erfindung jener waren, die sich das Phänomen der Inflation nicht erklären konnten. Diese negative Einstellung zur Sozialpolitik fand ihren sichtbaren Ausdruck in den Reden einzelner Reichsminister auf der Industrietrichtung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände am 27. März 1924 in Berlin. Die Uebereinstimmung zwischen Industrie und Reichsregierung faßte der Vorsitzende der Industrietrichtung, Dr. Sorge, in die Worte zusammen:

„Soweit ich diesen Ausführungen, denen der Herren Minister sowohl wie denen unserer eigenen Herren, folgen konnte, ist eine völlige Uebereinstimmung vielleicht nicht in allen Einzelheiten vorhanden gewesen. Eine Uebereinstimmung aber glaube ich, ist die Uebereinstimmung in den Zielen, und ich bin auch der Meinung, daß die Unterschiede, soweit ich sie heraushören konnte, lediglich in der konsequenten Befolgung und Behandlung dessen, was man als richtig erkannt hat, bzw. in einer gewiß verständlichen Scheu, diese Konsequenzen zu ziehen, bestanden haben.“

Die sozialpolitischen Einschränkungen, die nach Auffassung des Reichsarbeitsministers letzten Endes nur Rettung und Gewinn bedeuteten, haben sich als total verfehlt erwiesen. Am Ende dieser Einschränkungen, die von Industrie und Reichsregierung als Voraussetzung der Wirtschaftsgesundung bezeichnet wurden, stehen zwei Millionen Arbeitslose. Ihre Leiden, die Leiden der Kurzarbeiter, der Lohn- und Gehaltsabbau demonstrieren gegen solche kapitalistischen Weltanschauungen. Man muß angesichts dieser Tatsachen den Mut des Reichsverbandes der deutschen Industrie bewundern, der in seinen Vorschlägen „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik“ allen Ernstes ein Fortschreiten auf diesem verderblichen Wege im Grunde genommen fordert. In der radikalen Abkehr von diesem Wege durch ausreichende Arbeitslosen- und Kurzarbeiterfürsorge, gesetzliche Wiedereinführung des Achtstundentages und Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, nicht zuletzt durch eine aktive Lohnpolitik, die auf eine Hebung der Kaufkraft der Massen gerichtet ist, können allein erträglichere soziale Zustände herbeigeführt werden.

Das Regierungsprogramm bezeichnet als unerrückbaren Zweck der Preislenkungsmaßnahmen neben der Gesundung des Wirtschaftslebens die Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter und der sonstigen Bevölkerungsteile mit geringem Einkommen. Dieses Ziel ist nur zu erreichen durch eine aktive Lohnpolitik. Im engsten Zusammenhange damit steht die Frage der gesetzlichen Neuregelung der Arbeitszeit, und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Was die Regierungserklärung darüber enthält, berechtigt zum stärksten Mißtrauen. Kein Wort über die gesetzliche Wiedereinführung des Achtstundentages. Gewiß: es ist begrüßenswert, in einem ein-

Der Fememordprozess.

Oberleutnant v. Senden und Hauptmann a. D. Guffnecht aus der Haft entlassen.

Die gestrige Sitzung des Fememordprozesses, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit verlief, hat, wie die B. S.-Korrespondenz erfährt, die Verhandlung so weit gefördert, daß am Dienstag mit der Vernehmung der Zeugen und Sachverständigen begonnen werden kann. Man rechnet damit, daß das Urteil am Dienstagabend bereits gesprochen werden wird. Zur Urteilsverkündung selbst wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt, doch erfolgt die ausführliche Begründung wiederum in nichtöffentlicher Sitzung.

In der gestrigen Sitzung ist offenbar die Straftat selbst in der bis gegen 7 Uhr abends dauernden Verhandlung ausführlich erörtert worden, und das Gericht scheint sich über die Beteiligung der einzelnen Angeklagten auch bereits im Klaren zu sein. Darauf deutet die Tatsache, daß auf Antrag der Verteidiger der Angeklagte Freiherr v. Senden und Hauptmann a. D. Guffnecht sofort aus der Haft entlassen worden sind. Freiherr v. Senden und Hauptmann a. D. Guffnecht waren von der Anklage befreit worden, daß sie gemeinsam mit dem Leutnant a. D. Bann die Angeklagten Schirmann, Stein und Wüstenkampff zu der von ihnen begangenen strafbaren Handlung des gemeinschaftlichen Mordes durch Mißbrauch des Ansehens als Vorgesetzte vorläufig bestimmt hätten. Die beiden genannten Angeklagten hatten in der Voruntersuchung angegeben, daß sie von der beabsichtigten Ermordung des Schützen Panier nichts gewußt hätten, doch vertrat der Anklagevertreter den Standpunkt, daß bei der engen Gemeinschaft, die einerseits zwischen Bann, Senden und Guffnecht bestand, und daß bei dem nahen kameradschaftlichen Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften den verantwortlichen Vorgesetzten die beabsichtigte Straftat unbedingt hätte bekannt sein müssen.

Eine Entschuldigung der Sowjetregierung. Korrektes Verfahren.

Amtlich wird mitgeteilt: In der kürzlich gemeldeten Angelegenheit der Verletzung der für die deutsche Botschaft in Moskau bestimmten Amtspost des Generalkonsulats in Tiflis hat die von der Sowjetregierung angestellte Untersuchung ergeben, daß ein Agent der transkaukasischen außerordentlichen Kommission aus eigener Initiative und ohne Wissen seiner Vorgesetzten auf dem Bahnhof in Tiflis den von dem deutschen Reisenden ausgehenden Koffer zurückbehalten und das darin befindliche amtliche Paket geöffnet und beschlagnahmt hat.

Die Sowjetregierung hat auf Grund des Untersuchungsergeb-

heftlichen Schutzgesetz alle Vorschriften über den Arbeiter- und Angestelltenbeschutz zusammenzufassen. Es kommt jedoch nicht nur auf diesen formalen, vielmehr auf den materiellen Fortschritt an. Darüber schweigt sich die Regierungserklärung fast vollständig aus. Soweit sie etwas besagt, ist es höchst unerfreulich.

Und doch wäre manches wieder gutzumachen, nicht nur in der Arbeitszeitfrage, sondern auch in der Sonntagsruhe. Wir erinnern nur, wie durch das Verhalten des Reichsarbeitsministeriums die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe auf dem Verwaltungswege, entgegen den gesetzlichen Vorschriften, in erheblichem Umfange beseitigt worden ist. Diese Tatsache gab der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Anlaß, schon vor längerer Zeit einen eigenen Gesetzentwurf einzubringen. Noch wichtiger ist natürlich die Stellung zum Wählstundentag. In der „Germania“ vom 20. November v. J. schrieb der Reichsarbeitsminister Brauns, daß die Frage der Arbeitszeit durch Umwälzung und Ueberpannung der sozialen Gedanken und damit verbundener Vernachlässigung wirtschaftlicher Faktoren im Jahre 1918 zweifellos zu schematisch behandelt worden war. Ist das etwa die Grundeinstellung zur gesetzlichen Neuregelung der Arbeitszeit in dem angefügten einheitlichen Arbeiter- und Angestelltenbeschutzgesetz?

Das Katastrophalste ist jedoch die Stellungnahme der Regierungserklärung zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens. Die Bezugnahme auf jene berühmte Regierungserklärung vom 2. August 1924, in deren Schlußsatz es heißt, daß auf Deutschland der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens angewandt werden müsse, zeigt, daß die Regierung nichts hinzulernt hat. Diese Regierungserklärung war bereits einmal, nach der Berner Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Englands, Frankreichs und Belgiens, in einer Besprechung am 17. September 1924 den freien Gewerkschaften gegenüber preisgegeben. Daß sie immer wieder hervorgeholt wird, kann nicht zur Stärkung des Vertrauens zu den sozialpolitischen Absichten der Reichsregierung beitragen. Dazu kommt, daß die Ausführungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns anläßlich der Etatberatungen Anfang Februar vorigen Jahres über die Anwendbarkeit des Artikel 14 im Widerspruch stehen zu den Darlegungen des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas. So werden von der Reichsregierung künstlich die Schwierigkeiten gehäuft, um die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu verhindern. Nicht anders kann auch die Erklärung gedeutet werden, das Inkrafttreten einer internationalen geregelten Arbeitszeit in Deutschland von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängig zu machen. Da in Frankreich und Belgien die Bereitschaft zur Ratifizierung besteht, muß nunmehr England als Vorwand zur Nichtratifizierung für Deutschland dienen, obwohl in England die Arbeitszeit viel kürzer ist wie in Deutschland und auch wesentlich günstiger wie im Washingtoner Abkommen. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß aus Gründen der internationalen Konkurrenz England in die gemeinsame Ratifizierung mit einbezogen werden müßte.

Der eigentliche Beweggrund ist auch ein ganz anderer. Auf dem zweiten Gewerkschaftstongreß des I. A. B. in der Mitte Juni vergangenen Jahres in München hat der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Dudgeon, Amsterdam, darauf hingewiesen, wie die Internationale der Unternehmer systematisch die Ratifizierung zu verhindern sucht. Es ist eine alte Geschichte: die nationalsten Patrioten stellen internationale Betrachtungen an, sobald sie sich davon eine Förderung ihrer sozialreaktionären Bestrebungen versprechen. Das entscheidende Wort wird darüber zu sprechen sein, sobald das angefügte einheitliche Schutzgesetz vorliegt. Herr Brauns hatte die Herausbringung noch im Laufe des Jahres 1925 angekündigt; es wird hoffentlich bald fertig gestellt sein.

Staatsgefährliches Schachspiel.

Von Hans Bauer.

Die Budapestter Schachfreunde hatten in den letzten Monaten die Erfahrung gemacht, daß das Innenministerium die nachgeforderte Erlaubnis zur Gründung neuer Klubs nicht erteilte. Es stellte sich heraus, daß dies um deswillen nicht geschah, weil die Regierung in den Schachspielern destruktive Elemente erblickt, deren Organisation nicht gefördert werden dürfe.

Es wird viele geben, die in dieser Maßnahme einen spähigen Schlußfolgerung sehen, der seine Ursache in der völligen Verkennung der Gehege eines harmlosen Spieles habe. Aber diese scheinen mir nicht im Recht zu sein, sondern die Budapestter Regierung ist es, die da tiefer sieht und die nur die Folgerung aus einer Erkenntnis gezogen hat, die vermuthlich auch andererseits in obrigkeitlichen Gehirnen schon aufgetaucht ist. Schachspieler sind noch lange keine Bombenwerfer, gewiß nicht. Aber darauf kommt es nicht an. Sondern darauf, daß das Schachspiel ein Verstandsspiel ist, ein Spiel der nüchternen Erwägung, der Logik, der gedanklichen Kombination. Schach ist das Gegenteil von Religion. Auf den Glauben kommt hier gar nichts an, auf die fühlbarstehende Vernunft alles. Es gibt keine Autoritäten beim Schachspiel, außer denjenigen, die ihre tatsächliche Tüchtigkeit dadurch einwandfrei unter Beweis stellen, daß sie andere Spieler hineinlegen. Der Schachspieler ist kritisch. Er darf die Situationen nicht hinnehmen. Er muß sie beurteilen. Er ist skeptisch. Er muß überall Fragen wittern, in jedem Zug des Gegners ein Geheimnis erblicken, das es zu durchschauen gilt. Die Budapestter Regierung hat recht. Das Zeitniss des Schachspielers ist es, sich Gedanken zu machen. Aber wer ein Spiel liebt, dessen Element das Gedankenmachen ist, neigt der nicht auch dazu, an andere Dinge des Lebens die Sonde der Ueberlegung anzulegen, nicht hinnehmen, sondern zu prüfen, nicht zu glauben, sondern zu messen und zu vergleichen?

Es gibt republikanische und monarchistische Schachspieler, fortschrittstrennliche und reaktionäre. Schachspiel ist kein Scheidewasser für politische Bestimmnisse. Aber während die Borniertheit dazu veranlaßt ist, reaktionär zu denken, prädestiniert die Tatsache der Schachfreundlichkeit zur Ueberwindung der Borniertheit. Und allerdings: das Gegenteil der Borniertheit, der Geist, der ist destruktiv — mindestens gegenüber allem Brutalen, Fortschrittshemmenden, Gewalttätigen.

Scharfzüngige Regierungen haben für dergleichen Dinge eine feine Nase. Sie wissen es ganz genau, woher ihnen Gefahr droht. Wackere Untertanen, die auf ihre Obrigkeit noch etwas halten, schlafen abends Regel oder züchtigen Kaninchen. Auch das Kartenspiel reizt allenfalls zu dem Vergehen der Ueberletzung der Polizeistunde, aber zu nichts Schlimmerem. Schachspiel dagegen ist verdächtig. Man sehe sich die Schachspieler an.

Die soziale Verantwortung der neuen Reichsregierung wird sich in aller nächster Zeit erweisen müssen bei der Behandlung der Erwerbslosenfrage. Es wird nicht nur höchste Zeit, dem Reichstage den Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung zugehen zu lassen, es kann auch nicht länger auf eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und der Einführung einer Kurzarbeiterfürsorge gewartet werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dieser Regierung das Leben ermöglicht. Die Reichsregierung wird zeigen müssen, ob sie den Mut zu ernster sozialpolitischer Arbeit hat.

Befreiung durch „Slavengeist“.

Aldeutsche Philosophie.

Zur Befreiung der Kölner Zone schreibt die „Deutsche Zeitung“:

Wir begreifen den Jubel der Bevölkerung Kölns. Wir freuen uns mit ihr, daß der Feind abgezogen ist. Wir sträuben uns aber dagegen, daß in diesen Jubel ein falscher Ton hineinklingt, ein Ton, als ob unsere Regierenden irgendein Verdienst an der Räumung Kölns haben, als ob eine Tat vollbracht sei, die dem nationalen Willen zur Freiheit entsprungen ist. Ward eine Schlacht bei Leipzig geschlagen? Ist ein neuer Marschall vorwärts — „Was blasen die Trompeten hinaus?“ — bei Caub über den Rhein gegangen? Dröhnt der Sang von der „Wacht am Rhein“ durch die Lande? Oder wird gar der Marsch auf Paris angetreten? — Ach nein. . . Nicht Kampf war es, durch den Köln befreit wurde, sondern Nachgiebigkeit und Schwäche. Slavengeist oder Schaffst keinen außenpolitischen Gewinn.

Das ist die Philosophie des Krieges als Selbstzweck. Politische Ziele sind nichts wert, wenn sie nicht durch Massentod und Verleuerung erkämpft sind.

Soweit sind die Leute ganz aufrichtig. Aber wenn sie sagen, daß sie sich über die Befreiung Kölns freuen, so ist das Heuchelei. Man muß nur die langen Gesichter der Deutschnationalen im Reichstag gesehen haben, als Stresemann mitteilte, am 1. Februar werde die Kölner Zone frei sein. Für sie war das ein Schlag ins Kontor. Und wenn in Paris die Vernunft siegte, wenn die zweite und dritte Zone vorzeitig geräumt werden sollte, sie würden vor Aerger plagen. Eben um das zu verhindern, schreiben sie nun Artikel, die keinen anderen Zweck haben können als den, Deutschlands Segner Waffen in die Hand zu spielen. Darum liefern sie ihnen unbezahlbare Argumente, um die Räumung des noch besetzten Gebiets so lange wie möglich hinauszuschieben.

Los vom Reichel

Die Protektoren des „Bayerntags“.

Unter dem Protektorat des Ministerpräsidenten Held Arme und ständerte in Grafting bei München der „Bayerntag“ gegen den Norden. Dieser Bayerntag wiederholte eigentlich nur die Proben, die Rupperts von Bayern 1917 und der Wg. Held 1918 als bayrisches Feldgeschrei ausgegeben hatten.

Am 19. Juli 1917 hat Rupperts von Wittelsbach in einem Schreiben an den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Hertling bereits das Schlagwort: Los von Berlin ausgesprochen. Er sprach dort von der innerpolitischen Krise Bayerns, in die sich die Bundesstaaten nicht verwickeln lassen sollten. Er rückte mit seinen geheimen paritätischen Gedanken heraus: die Autorität der Einzelstaaten verfassungsgemäß zu heben und die Reichsverfassung der Form eines Bundesstaates anzunähern. Er wollte schließlich den bayerischen Landtag gegen den Zentralismus, gegen das Preukentum aufpeitschen!

Ein Jahr darauf erwies sich der einflussreiche Führer des bayerischen Zentrums, der Abgeordnete Held, als gefehriger Schüler Rupperts. Kurz vor dem Zusammenbruch der Armee, am 29. Oktober 1918, erklärte er vier Herren der bayerischen liberalen Kammerfraktion, die ihn zu einer Rundgebung für die unerschütterliche Einheit des deutschen Volkes be-

stimmen wollten, sehr energisch, „man könne sich nicht an das Reich binden, wo man mit der Möglichkeit rechnen müsse, daß das Reich auseinanderfalle!“

Held fürchtete den drohenden Einbruch der Italiener in Bayern, der maßgebende Personen Bayerns schon ernstlich erwägen ließ, ob sie nicht die Regierung aus München verlegen sollten. Held rechnete ernstlich mit den Vorteilen eines bayerischen Sonderfriedens. Er zeigte sich brillant über die Pläne der Entente unterrichtet: von der Absprengung Oberschlesiens, von der Verfestigung Danzigs usw.

Wieder nahm Held die Mahnung Rupperts auf: Bayern dürfe sein Schicksal nicht an das Preukens knüpfen! Er fragte sich, ob man es verantworten könne, „Bayern in das Schicksal Preukens mithineinzuziehen zu lassen“.

Der jerscheude Einfluß des von Bayern treuhäusmäßig geförderten Partikularismus hat den Prinzen Max von Baden mit banger Furcht vor einer nahen Katastrophe des Reiches erfüllt. Dieser Partikularismus machte sich in den Restorts, in der Marine, im Generalstab, kurz in allen Behörden störend und hemmend geltend. Und deshalb griff ein allgemeines Mißtrauen um sich. Selten wirkten im bundesgenössischen Handeln die Behörden so zusammen, wie es das Wohl der Nation erforderte.

Auf diese durch den Partikularismus herbeigeführten Zustände führte Prinz Max das Schicksal der Marineleitung über ihren ungeheuerlichen Seeschlachtenplan zurück.

Die Rupperts und Helds hielten ihre Dolche am Schluß des Weltkrieges wohlbar, um sie dem Reich in den Rücken zu stoßen. Heute sind beide die Protektoren jener Bayernstage, die auf eine Auflösung der Reichsverfassung systematisch hinarbeiten. Heute sind ihre Beauftragten im Reichstag schon stark genug, die Ernennung eines Demokraten zum Reichsminister zu verhindern, weil er ihre Reichsfeindschaft nicht mitmacht!

Personalpolitik im Auswärtigen Amt.

Kritik im Reichshandhauhaltungsamt.

Der Etat des Auswärtigen Amtes für 1926 ist gegen 1925 um 22 Millionen gewachsen. Diese Steigerung ist im Ausschuss allgemein beifällig begrüßt worden. Sie ruht in der Hauptsache her aus einer Berringerung der Einnahmen und einer Vermehrung des konsularischen Personals. Allein die Einnahmen für die Tabaksteuer sind um 12 Millionen Mark gesunken. Diese sind ganz in Fortfall gekommen im Bereiche mit Oesterreich, Holland und der Schweiz. Verhandlungen wegen Aufhebung resp. Ermäßigung schweben zurzeit mit Schweden, Dänemark, Frankreich und der Tschechoslowakei. Für Reisen nach Amerika sind Tabaksteuer noch notwendig, aber ohne Kosten erhältlich. Wie diese Einnahmeverminderung wurde auch die Neueinstellung von 15 Konsuln vom Ausschuss in Rücksicht auf die Förderung von Deutschlands wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland gutgeheißen.

Scharfe Kritik wurde von Gen. Dreißscheid und dem Abg. Schreiber (S.) an der Personalpolitik des Auswärtigen Amtes geübt. Noch immer sei in allen leitenden Stellen der Adel vorherrschend. Das sei nicht länger zu ertragen und müsse um so mehr geändert werden, als Deutschland jetzt auch mit den Arbeiterkreisen des Auslandes in häufige und enge Berührung komme. Es müssen daher an den leitenden Stellen unserer Auslandsmissionen Männer sitzen, die mit dem demokratischen Empfinden weiter Kreise des Auslandes in ganz anderer Weise verbunden seien als dies den Prosopien adliger Familien möglich ist. Des ferneren wurde von unserem Redner scharf getabelt, daß im Etat sechs landwirtschaftliche, aber nur zwei soziale Attachés angefordert werden und daß die Stellen dieser letzteren noch nicht einmal etatsmäßig seien. Auf unser Verlangen wurde beschlossen, über die Frage der sozialen Attachés noch das Arbeitsministerium zu hören.

Von den kommunistischen Vertretern wurde, um ihre Feindschaft gegen die Socarno-Politik zum Ausdruck zu bringen, ein Antrag auf Streichung des Gehalts des Ministers eingebracht. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Beratung wird heute fortgesetzt.

Sind es nicht zumeist hagere Gestalten mit einem grüblerischen Zug um den Mund und mit nachdenklichen Augen? Fehlt ihrer Figur nicht völlig jene linienlose Vollständigkeit, die das äußere Merkmal innerer Zufriedenheit zu sein pflegt? Ist ihnen endlich nicht zum Vorwurf zu machen, daß die großen Körperphänomene sich weniger aus den Streifen von Bindischgrah oder auch solchen, die der bayerischen Volkspartei nahesteht, als vielmehr aus denen des Judentums rekrutieren. Wie leicht ist es bei diesem Tatbestand möglich, daß sich ein Schach spielender Grübler einmal auf den Gedanken kommt, statt gegen Könige aus Holz oder Eisenbein seine Energien gegen solche aus Fleisch und Blut zu wenden, ein Unterfangen, das gewisse Republikaner beinahe fast so hart wie das Bekenntnis zur Demokratie verfolgen. Ungarn ist ganz im Recht. Das Schachspiel ist eine Angelegenheit des Geistes. Was aber haben Ausschweifungen in den Köpfen rechtlicher Staatsbürger zu suchen?

Der Film im Drama. In der neuesten Nummer der „Volksbühne“ (Nr. 3), die wieder sehr reich an Informationen ist, spricht sich Erwin Piscator, der Regisseur der Volksbühne, aus über seine Pläne, in dem neuen Stück von Paquet den Film als Regiemittel zu benutzen:

„Ich hatte bereits bei meiner Inszenierung von Paquets „Fahnen“ die Absicht, den Film heranzuziehen, was damals aus äußeren Gründen scheiterte. Ich mußte mich mit künstlichen nicht vollendeten, dem Aufführungstil formal nicht angepaßten Projektionen behelfen. Damals hätten große bauliche Veränderungen vorgenommen werden müssen, während wir heute unveränderbare Filme haben, die auch ohne polizeiliche Beanstandung arbeiten können. Allerdings konnte ich schon einmal in der Volksbühne „Troj alledem“ im Großen Schauspielhaus beweisen, daß die Verbindung von Filmen mit dem gesprochenen Wort auch in dramatischen Theater einen außerordentlichen Wert haben könnte. In der „Sturmflut“ werde ich in der Mitte der Bühne eine Leinwand aufstellen, auf der der Film abrollt, und die außerdem durch 6 bis 10 Projektionsapparate das Publikum und einen darüber hinausgehenden wellenpannten Bestrahler für die betreffende Spielerszene schafft. Sie stellt in ihrer dauernden Verwendung eine lebende Wand, die nicht Dimensionen des Theaters dar. Das Lichtbild ist also Handlungsleiter und Bewegungsmoment und lebende Kulisse. Detaillierte Angaben zu machen, hätte ich für schädlich, weil das Uebertragungsmoment der Aufführung dadurch wegfällt, weil dem Publikum die Spannung: „Was wird geschehen, wenn der Vorhang hochgeht?“ genommen wird.“

Ein Weltverzeichnis der wissenschaftlichen Zeitschriften. Ein Komitee, das aus verschiedenen wissenschaftlichen Gesellschaften Englands und den Bibliothekaren des Britischen Museums besteht, hat mit Hilfe der Carnegie-Stiftung ein Weltverzeichnis der wissenschaftlichen Zeitschriften zusammengestellt. Der erste Band, der vor kurzem erschienen ist, enthält in alphabetischer Ordnung die Namen von 24 028 Zeitschriften, die von 1000 bis 1921 erschienen sind.

Der Kölner Dom in Gefahr? Zu den Presseberichten über die Gefährdung des Kölner Doms wird vom Amtlichen Preussischen Pressedienst darauf hingewiesen, daß die preussische Staatsregierung dem rheinischen Baudenkmal von jeher besondere Fürsorge zugewandt hat, wenn auch eine rechtliche Unterhaltungspflicht des Staates nicht besteht. Die erneuten Sicherungsarbeiten am Thor wurden bereits vor dem Kriege in Angriff genommen. Später mußte die Ausweitung schadhafter Teile auf die Südfassade beschränkt bleiben. Nach dem eine Beschädigung bemerkt hatte, daß unter Einwirkung der Schwefelsäure der Atmosphäre die Zerstörung in der wichtigsten Teilen sich rascher ausbreiten würde, sind unverzüglich die erforderlichen Schritte eingeleitet worden, um die Arbeiten der Dombauehütte wesentlich zu verstärken und zu beschleunigen. Wenn auch zurzeit eine unmittelbare Bedrohung der Standsicherheit nicht vorliegt, bedarf es doch energischer Eingreifens. Es steht zu hoffen, daß Staat, Reich, Provinz und Stadt sich zu gemeinsamer Finanzierung der zunächst dringlichsten Arbeiten alsbald vereinigen werden.

Die Entdeckung eines vorgeschichtlichen mongolischen Volkes. Eine Anzahl hervorragender Sachverständiger hat sich in Stockholm versammelt, um dort die Funde zu prüfen, die Prof. Gunnar Andersson aus Chinesisch-Turkestan mitgebracht hat. Es handelt sich hier um die Ueberreste eines vorgeschichtlichen mongolischen Volkes, das ums Jahr 3000 v. Chr. lebte. Andersson hat mehr als 100 Gräber dieses Volkes durchforscht und eine große Sammlung von Anschriften, Schmuckstücken und Tongefäßen mitgebracht. Der Professor für mittelasiatische Archäologie an der Pariser Sorbonne Pelliot erklärte, daß die außerordentliche Bedeutung dieser Entdeckung in den geistigen Zusammenhängen liegt, die sich hier zwischen einer mongolischen Rasse und den Vätern Mittelasiens, Südeuropas und Afrikas aus der Zeit um 5000 v. Chr. offenbaren. Eine besonders enge Verwandtschaft zeigen diese mongolischen Funde mit den jüngsten Entdeckungen zu Ur in Mesopotamien, und es wird eine weitere Aufgabe der historischen Forschung sein, den hier bestehenden Zusammenhängen durch eine genaue Vergleichung der Funde nachzugehen.

Der amerikanische Telefonrekord. Die Berechnigten Staaten besitzen gegenwärtig die weitaus meisten Telefonanschlüsse. Es gibt dort deren 16 Millionen, also 131 auf je 1000 Einwohner, während der Mittelwert in Europa nur 12 Telephone auf 1000 Einwohner beträgt. Die telefonreichste Stadt der Welt ist Atlantic City in New Jersey mit 336 Anschlüssen auf 1000 Einwohner; dann folgt San Francisco mit 239, Chicago mit 238, Boston mit 222. In dieser Telefonstatistik Nordamerikas steht New York erst an 43. Stelle, und doch hat es immer noch mehr Anschlüsse, als Paris, London, Rom, Brüssel, Liverpool, Antwerpen und Schanghai zusammen.

Joette Gulbert wird das Programm ihres ersten Kulturabend am Mittwoch, 8 Uhr, im Deutschen-Saal wiederholen. Bei ihrem dritten letzten Kulturabend am Sonntag im Deutschen-Saal bringt sie ein völlig neues Programm.

Offiz. Dymows Schachspiel „Die letzte Gellebte“, das in den Kammerkellern gespielt wird, ist als Buch im Verlag Radschikow, Berlin, erschienen.

Mecklenburger Wahlen.

Ergebnisse der Amtvertreterwahlen.

Rostock, 1. Februar. (WZ.) Die gestrigen Amtvertreterwahlen in Mecklenburg hatten nach den bisherigen Meldungen folgende Ergebnisse:

Wismar:		
Sozialdemokraten	834	10 Mandate
Kommunisten	708	—
Bürgerliche Verbände	8214	9
Mittelstandspartei	1688	2
Rostock:		
Sozialdemokraten	9000	9
Kommunisten	1200	1
Einheitsliste	14000	15
Güstrow:		
Sozialdemokraten	10514	—
Kommunisten	1842	—
Bürgerliche	10588	—
Ludwigslust:		
Sozialdemokraten	6827	8 Mandate
Kommunisten	1468	1
Beamtenliste	1708	2
Bürgerliche Stadt und Land	8821	10
Barchin:		
Sozialdemokraten	6140	—
Kommunisten	1168	—
Bürgerliche Liste	8274	—
Beamtenliste	1155	—
Waren:		
Sozialdemokraten	5679	9 Mandate
Kommunisten	988	1
Bürgerliche Liste	7089	—
Beamtenliste	1019	1
Schwerin:		
Sozialdemokraten	2300	—
Kommunisten	200	—
Bürgerliche Liste	8200	—

Notstandsaktion für das Hochwassergebiet. Unbegündete Befürchtungen im Rheinischen Provinziallandtag.

Im Rheinischen Provinziallandtag wurde anlässlich der Erörterungen über die Hochwasserentschädigung die Befürchtung ausgesprochen, der Preussische Staat würde die vom Reichstag und Reichsregierung zur Verfügung gestellte Beihilfe von 3 Millionen Mark auf die von ihm bereits gegebene Spende verrechnen. Hierzu stellt der Amtliche Preussische Pressedienst fest:

Die Preussische Staatsregierung beabsichtigt den auf Preußen entfallenden Anteil dieser Reichsmittel nicht auf die bereits gewährten oder noch in Aussicht genommenen Beihilfen des Staates selbst zu verrechnen. Sie wird diese Hilfe des Reiches vielmehr zur Entlastung der meistbetroffenen Gemeinden und Gemeindevorstände, insbesondere im besetzten Gebiet benutzen, die sich bestimmungsgemäß ebenfalls an der staatlichen Notstandsaktion zu beteiligen haben.

Im Übrigen hat der Preussische Staat aus eigenen Mitteln bereits zur Verringerung der ersten Notbeiträge zur Verfügung gestellt, die die heutige Beihilfe des Reichs übersteigen; er ist ferner bereit, weitere Mittel nach dem Abschluss der Schadenersatzstellungen zur Verfügung zu stellen.

Tagung der Liberalen Vereinigung.

Annäherung zwischen den bürgerlichen Mittelparteien?

Die Liberale Vereinigung veranstaltete am Montag abend einen Festabend. Unter den etwa 500 Anwesenden bemerkte man Reichstagsler Dr. Lutzer, Reichsaussenminister Dr. Stresemann, Reichswehrminister Dr. Seeber, Reichsinnenminister Dr. Kütz, Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, Reichsverkehrsminister Dr. Krohne, die preussischen Minister Finanzminister Dr. Höpker-Ashoff, Kultusminister Dr. Becker und Handelsminister Dr. Schreiber. Ferner waren erschienen der frühere badische Staatspräsident Professor Dr. Hellpach, der österreichische Gesandte Dr. Frank, der Oberbürgermeister von Berlin Böhm, der Vizepräsident Dr. Friedensburg, Staatssekretär Dr. Reihner, Bürgermeister Dr. Petersen-Hamburg, Oberpräsident Dr. Meier, die Professoren Hans Delbrück und Meinecke, Geheimrat Dr. von Hornow und zahlreiche Vertreter der Wissenschaft und Kunst, von Industrie und Handel. Von den Reichstags- und Landtagsfraktionen der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Wirtschaftlichen Vereinigung waren die Führer und eine große Anzahl Mitglieder anwesend.

Der Ehrenvorsitzende, Prof. Dr. Kahl, begrüßte die Gäste in einer längeren Rede, in der er auf die hohe Tradition des Liberalismus hinwies und betonte, daß der Liberalismus keineswegs eine neue Gründung sei, sondern vielmehr schon zur Zeit des großen Stein die deutsche Ideenwelt beherrschte. Besonders unterstrich Geheimrat Kahl, daß der Liberalismus keine Partei sein müsse und solle, sondern daß er vielmehr durch seine hohen Geisteswerte befruchtend und anregend auf die Parteien zu wirken befreit ist. Die Ausführungen Geheimrats Kahls fanden lebhaftesten Beifall.

Urteil im Margies-Prozess.

Zuchthaus wegen Totschlags.

Böckum, 1. Februar. (WZ.) Das hiesige Schwurgericht verhandelte seit mehreren Tagen gegen den Kommunisten Margies, der beschuldigt wurde, die Polizeibeamten Cyron, Seih und Eichholz getötet zu haben. Das Gericht verurteilte die Frage nach Mord und verurteilte den Angeklagten wegen Totschlags und versuchten Totschlags in zwei Fällen zu einer Zuchthausstrafe von 11 Jahren, 6 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Doumers faules Kompromiß.

Wenig Aussicht auf Annahme.

Paris, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat am Montag die Finanzdebatte unterbrochen, um Doumer Gelegenheit zu geben, das von ihm angebotene Kompromißprojekt einer Produktionsabgabe auszuwickeln. Die über die Absichten Doumers inzwischen bekannt gewordenen Einzelheiten haben die Aussichten einer Verständigung neuerdings stark verringert, da die von ihm in Aussicht genommene Besteuerung der Produktion in Wirklichkeit auch nur wieder eine kaum veränderte Erhöhung der Umsatzsteuer bildet. Sie soll nicht nur die Erzeugung im eigentlichen Sinne, sondern auch den gesamten Zwischenhandel erfassen und nur den Detailhandel freilassen.

„Nationale“ Polenpolitik.

Wenn die Großgrundbesitzer ansiedeln.

Es ist hinreichend bekannt, daß der osteuropäische Großgrundbesitzer in den letzten Jahren in ständig zunehmendem Maße polnische Wanderarbeiter auf seinen Gütern verwandt hat. Die amtlichen Jähren hierüber weisen die volle Zahl der Wanderarbeiter keineswegs vollständig aus; vielmehr ist es gewiß, daß eine große Zahl nicht registrierter Wanderarbeiter in Deutschland sich aufhält und ständig von neuem über die Grenze strömt. So beschrieb vor einigen Wochen die „Frankfurter Zeitung“ anschaulich den großen Menschenstrom, der an der deutsch-polnischen Grenze ständig vor sich geht. Wir zitieren aus diesem Artikel die letzten Sätze: „So strebt denn kurz vor Wintereintritt eine wahre Völkerwanderung den Grenzämtern zu. Nicht selten sind es 50 000 Menschen, die von einem Grenzamt abgefertigt werden müssen. Und während sie zurückfluten in ihr Vaterland, kommt schon wieder der Menschenstrom zu ihnen, um neue Abschlüsse für die nächste Saison zu tätigen.“ Die deutsche Seite dieses Menschenstroms bedeutet kreuzförmig ein Anzeichen in der „Deutschen Tageszeitung“, dem maßgebenden Organ des Reichslandbundes:

Polnische Wanderarbeiter!

Verh. Kuffcher (Note), seit 1903 in Deutschland, der selbst Arbeitskräfte holt, sucht sich Stellg. Kann sich einige Arbeiter mitbringen. Letzte Stellung 3 Jahre mit 35 Arbeitern. Angebote mit Angabe von Lohn und Deputat für Kuffcher und Arbeiter an Franz Kosno, Ebstorf, Kr. Uelzen, Schaafstädt.

Mit dieser Anzeige muß man aber eine Notiz des amtlichen preussischen Pressedienstes vergleichen, in der es u. a. heißt:

„Eine große Anzahl nicht legitimer Wanderarbeiter treibt sich in der Umarm und findet Unterschlupf bei anderen Wanderarbeitern, die aus Furcht vor den Räteführern diese nicht namhaft machen. . . Bei einer Streife wurden im ganzen 84 polnische Wanderarbeiter festgenommen, davon 76, weil sie keine Legitimation hatten, 3 wegen des Verdachtes der Begünstigung an einem Mord, 2 wegen Verdachtes der Hehlerei und einer wegen unerlaubten Waffenselbes.“

Ein Kommentar hierzu ist eigentlich überflüssig. Immerhin wollen wir jedoch darauf hinweisen, daß es einem deutschnationalen Blatt wie der „Deutschen Tageszeitung“ sehr schlecht ansteht, um des Geschäftsinteresses wegen Anzeigen aufzunehmen, die der angeblichen Befinnung so außerordentlich widersprechen.

Wir wollen aber diese Gelegenheit benutzen, um darauf hinzuweisen, daß die Frage der polnischen Wanderarbeiter zu einer überaus großen Gefahr für die nationale Zusammenfassung der Bevölkerung des deutschen Ostens überhaupt wird. Wir stellen die Anfrage an die preussische Staatsregierung und an den Reichslandbund, ob es wahr ist, daß im deutschen Osten viel polnische Arbeiter von deutschen Großgrundbesitzern dauernd angesiedelt werden? Es scheint nach manchen Nachrichten, als ob hier eigentlich die großzügige Siedlungsaktion des deutschen Großgrundbesitzes vor sich ginge. Denn das plötzliche Eintreten für die nationale Siedlung, das selbstamerweise gewisse demokratische Kreise so außerordentlich und erfreulich überrascht hat, findet ja seine Erklärung ausschließlich in dem Bedürfnis des Großgrundbesitzes, an staatlichen Landaufkäufen in einer Zeit, in der Zwangsversteigerungen von Gütern nicht selten sind, eine Stütze der Bodenpreise zu finden.

Es wäre eine dankenswerte Aufgabe für den Reichslandbund, diesen Zusammenhängen einmal nachzugehen und in Einzeluntersuchungen über bestimmte Kreise festzustellen, wieviel nicht legitimierte polnische Wanderarbeiter sich dort aufhalten, wie ihre Zahl sich zu der Zahl der legitimeren polnischen Wanderarbeiter verhält und inwieweit die Nachrichten, die von einer Polonisierung der Wanderarbeiterschaft durch Ansiedlung der polnischen Wanderarbeiter sprechen, begründet sind. Auch das preussische Landwirtschafts- und Innenministerium sollten die Mühe nicht scheuen, einmal an die Kreisverwaltungen heranzutreten, um von ihnen authentischeres Material über die polnischen Wanderarbeiter zu erhalten, als es die Grenzkontrolle herbeizuführen vermag, die der Menschenstrom mit Hilfe von Inseraten in der „Deutschen Tageszeitung“ zu überspringen versucht.

Doumer rechnet anscheinend mit einem finanziellen Ergebnis von nicht weniger als vier Milliarden. Das ist fast genau der gleiche Betrag, den er aus der von der Kommission abgeleiteten Zahlungssteuer herausheben wollte. Selbst ein Teil der Rechtspreste nimmt am Montag gegen dieses Projekt Stellung mit der Begründung, daß eine Steuer dieser Art unvermeidlich zu einer weiteren Vertiefung des Preisniveaus führen und damit eine neue Welle der Inflation heraufbeschwören müsse.

Locarno und das nationale Frankreich.

Tardieu über die Politik des Verzichts.

Die „Nouvelle République“ läßt André Tardieu, den neben Clemenceau hervorragendsten und beständigsten Verfechter der Versailles Gewaltpolitik gegen Deutschland über „Frankreich und Locarno“ zu Worte kommen. Sie nennt ihn einen „auf die historische Tradition eingestellten französischen Politiker, dessen politische Richtung auch heute noch in Frankreich tiefe Wurzeln hat und deshalb trotz Locarno nicht übersehen werden darf“. Wir geben den letzten Absatz des Aufsatzes wieder, der den dialektischen Widerspruch zwischen Versailles und Locarno klarstellt.

Das Abkommen von Locarno streicht aus dem Vertrag von Versailles beinahe alles, was in ihm der alten französischen Tradition entspricht. Es hebt die Allianz auf, die uns Großbritanniens versprochen hatte, und ersetzt sie durch ein Schiedsverfahren. Es beseitigt den Zusammenhang zwischen der Erfüllung der deutschen Verpflichtungen und der Räumung des linken Rheinufers. Es hebt das Recht der Wiederbesetzung auf, das der Versailles Vertrag vorsah, da unsünftig jeder Konflikt einem Schiedsverfahren unterworfen wird. Es beseitigt ferner den einseitigen Charakter der Entmilitarisierung des linken Rheinufers. Alles bleibt von jetzt an geräumt. Eine Sanktion wie die Wiederbesetzung ist unsünftig unmöglich. Großbritannien seinerseits hat nur noch Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund, sofern dieser im Falle einer Kriegsgefahr einen klaren Einspruch faßt. In allen anderen Fällen besteht es, wie aus den deutschen, britischen und italienischen Kommentaren hervorgeht, die Freiheit, für oder gegen Frankreich oder überhaupt nicht Partei zu ergreifen. Das Abkommen von Locarno bedeutet was die Sicherheit Frankreichs anbelangt, den Verzicht auf die Politik der Vorherrschaft, die mein Land bisher gegenüber Deutschland getrieben hatte. Clemenceau und ich, wir hätten im Jahre 1919 nicht gedacht, daß der eben erst geschlossene und insofern des Fortbestehens der Amerikaner unvollständig gebliebene Völkerbund genügen könnte, diese Politik so bald zu ersetzen. Unsere Nachfolge waren im Jahr 1923 optimistischer als wir und haben auf die von uns getroffenen Vorkehrungsmaßnahmen verzichtet. Wenn die Zukunft ihnen recht gibt, freuen wir uns darüber ebenso sehr wie sie. Damit jedoch die Positionen und Verantwortlichkeiten nach allen Seiten hin dargestellt werden, muß man die Wahrheit sagen, und die Wahrheit ist, daß Frankreich in Locarno einen brüskten Wechsel seiner Politik vorgenommen und sowohl die wesentlichen Bestimmungen des Friedensvertrages von 1919 wie eine drei Jahrhunderte alte Tradition preisgegeben hat.

„Preisgabe des Versailles Vertrages, Preisgabe der französischen Reichspolitik“, das ist die Formel, mit der der französische Nationalismus seine Einwände gegen Locarno zusammenfaßt. Gibt es eine stärkere Widerlegung der deutsch-nationalen Opposition gegen Locarno? Gibt es eine stärkere Anerkennung für die internationale Politik der Sozialdemokratie? Rein. Denn es gibt keine höhere Anerkennung für eine Politik als die, daß vor ihr eine Deutschland feindselige Tradition von Jahrhunderten zusammenbricht.

Botschafter Bosdari verläßt Berlin.

Auch ein Opfer des Faschismus!

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge verläßt in diplomatischen Kreisen mit Bestimmtheit, daß der italienische Botschafter, Graf Bosdari, der kürzlich eine Urlaubsreise nach Italien angetreten hat, auf seinen hiesigen Posten nicht zurückkehren wird. Sein Nachfolger soll Graf Bordonaro werden, der Italien bisher in Prag, Wien und Brüssel vertreten hat.

Mit vor wenigen Tagen an die Nachricht, daß Graf Bosdari in Urlaub gegangen sei, die Vermutung geknüpft wurde, daß er seinen Posten aufgeben würde, wurde dies natürlich demotiert. Es

wurde erklärt, daß der Botschafter lediglich beabsichtige, während seines Urlaubs in Italien kulturelle Vorträge über deutsche und italienische Literatur zu halten, darunter über Gerhart Hauptmann. Jetzt aber scheint sich das Gerücht seines Rücktritts doch zu bewahrheiten. Die Gründe dieser Maßregelung des italienischen Diplomaten durch seine vorgesetzte Behörde — denn um nichts anderes handelt es sich dabei — sind naheliegend. Graf Bosdari ist zwar nach dem faschistischen Umsturz als Botschafter nach Berlin gekommen, aber er hatte sich — im Gegensatz zu fast allen seinen gesinnungsgenossen Kollegen — bisher geweigert, seinen Anschluß an die faschistische Partei zu vollziehen. Er stellte sich auf einen „überparteilichen Standpunkt“ und betrachtete sich als den Vertreter der italienischen Nation und nicht des gegenwärtig regierenden Systems. Solche Leute aber, die einen Rest von Selbstgefühl und Charakter besitzen, kann der Faschismus unmöglich gebrauchen. Von einem Schwarm von faschistischen Gewährsmännern und Spießeln umgeben, war Graf Bosdari Gegenstand fortwährender direkter Gehölmberichte an die faschistischen Behörden. Es fehlte nur der Vorwand zu seiner Abberufung. Diesen Vorwand hat die in letzter Zeit eingetretene deutsch-italienische Spannung wegen Südtirols geliefert. Es ist natürlich lächerlich, wenn Mussolini den Botschafter für die berechtigten Angriffe verantwortlich macht, die die faschistische Unterdrückungspolitik in Südtirol in der gesamten deutschen Presse hervorgerufen hat. Kein italienischer Botschafter, am allerwenigsten ein aktiver Faschist, hätte diesen Proteststurm zu beschwichtigen vermocht. Die wiederholten Vorstellungen, die Graf Bosdari in den letzten drei Monaten in der Wilhelmsstraße auftragsgemäß erhob und die sich namentlich gegen die Schreibweise des „Vorwärts“ richteten, konnten nicht anders als vergeblich sein. Sein Nachfolger muß sich im voraus damit abfinden, daß auch er auf diesem Wege nicht das geringste erreichen wird, denn Deutschland ist ein Land mit modernen Kulturbegehrten, d. h. mit Pressefreiheit. Wenn der italienischen Regierung im Interesse der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland an einer Beruhigung der deutschen Öffentlichkeit etwas gelegen ist, dann wird sie dieses Ziel weder mit diplomatischen Vorstellungen, noch mit Strafkundgebungen erreichen, sondern nur durch eine Rückkehr zu den liberalen Verwaltungsmethoden in Südtirol, wie sie unter Leitung des früheren Gouverneurs Credaro bis zum faschistischen Umsturz Geltung hatten.

Abwehrbewegung in Deutschösterreich.

Wien, 1. Februar. (WZ.) Im Zusammenhang mit der Abwehrbewegung gegen die Unterdrückung der Südtiroler haben sich bisher in Wien 160 Vereinigungen zusammengeschlossen, um unter ihren Mitgliedern die Boykottbewegung gegen Italien zu organisieren. In einem Aufruf werden die Kaufleute aufgefordert, aus Italien keinerlei Waren zu beziehen, bevor nicht den Deutschen in Südtirol die kulturelle Autonomie zugesprochen werde. Die Mitglieder der 160 Vereinigungen haben sich verpflichtet, auf ihren Urlaubsreisen in kommenden Frühjahr wurden abgefaßt, darunter etwa zehn Pilgerzüge zum A. bläum des Franziskus von Assisi. Nach den aus Innsbruck vorliegenden Meldungen zeigt die Boykottbewegung bereits ihre Wirkung auf den Warenverkehr. Während bisher täglich 100 bis 120 Eisenbahnwagen über den Brenner nach Italien oder von Italien nach Innsbruck und von hier nach Niederösterreich bzw. Deutschland rollten, kommen jetzt höchstens 40 Wagen täglich in Frage.

Frankreich wahrt das Asylrecht.

Abweisung eines faschistischen Auslieferungsgesuchens.

Paris, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Polizei in Nizza hatte im November auf Ersuchen der italienischen Regierung einen italienischen Flüchtling verhaftet, der beschuldigt war, zwei Faschisten schwer verundet zu haben. Da die Ergebnisse der Untersuchung keinen Zweifel an dem politischen Charakter der Tat gelassen haben und der Verhaftete den Nachweis führen konnte, daß er in Nizza weilt, hat die französische Regierung den Antrag Italiens auf Auslieferung abgelehnt und den Verhafteten in Freiheit gesetzt.

Im Reichstage ist von den Regierungsparteien der Entwurf eines Gesetzes betreffend Einführung des Registerpfandrechts eingegangen.

Deutscher Konsul in Ostafrika. Die englische Regierung stimmt der Zulassung eines deutschen Konsuls in Bombaja für die Gebiete Sena, Kanda und Tanganyika zu.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnpolitik der Reichsbahn. Der unsozialste aller Betriebe.

Die Hauptverwaltung der Reichsbahn hat die Stirn, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß es ihr unmöglich sei, den Bedingungen des verbindlich erklärten Schiedspruches nachzukommen, weil der finanzielle Effekt für sie untragbar wäre. Zur Begründung ihres Standpunktes veröffentlicht sie einige Zahlen, um beweisen zu können, daß der so minimalen Lohnerhöhung eine Tarifserhöhung vorausgehen müsse.

Hierzu ist zunächst festzustellen, daß insbesondere der Güterverkehr deshalb zurückgegangen ist, weil eben die Tarife infolge der schlechten Wirtschaftsführung der Verwaltung viel höher sind als sie es in Friedenszeiten waren. Nun bedeutet es eine Irreführung, wenn die Verwaltung, so tut, als wenn ihr nicht bekannt sei, daß der Ausfall an Güterverkehr keineswegs einen ebensolchen finanziellen Ausfall bedeute. Die Güter wandern nur auf die großen Autolinien und den Binnenschiffverkehrsverkehr ab; an beiden Verkehren ist aber die Reichsbahn so stark beteiligt, daß man getrost von einem Verkehrsmonopol sprechen kann. Daß im übrigen der Verkehr im Januar-Februar jeden Jahres schwach ist, sollte selbst der Hauptverwaltung dieses Verkehrsunternehmens nicht unbekannt sein.

Die Behauptung der Verwaltung, daß sie 65 Proz. ihrer Gesamtausgaben für das Personal verwende, ist demut unwahr, falls damit zum Ausdruck gebracht werden soll, daß dieser Betrag nur für Löhne, Gehälter und Pensionen verwandt wird. Um auf die angegebene Summe zu kommen, kalkuliert man einfach die in die Hunderte von Millionen betragenden Kosten für Technische Rothilfe, Bahnschutz, Korruptionszulagen, Eisenbahnvereine, Fußballklubs usw. usw. mit hinein. Selbst unter dieser Belastung wird der von der Verwaltung angegebene Prozentsatz noch lange nicht erreicht.

Wie sehr die Hauptverwaltung selbst weiß, daß ihre öffentlich bekanntgegebenen Zahlen ernsthafter Kritik nicht im entferntesten standhalten, beweist sie ja zur Genüge damit, daß sie sich strikte weigert, den Etat für 1926 dem Hauptbetriebs- und Hauptbeamtenrat sowohl wie den Gewerkschaften bekannt zu geben, trotzdem die Personalvertretung laut Eisenbahngesetz rechtlich Anspruch darauf erheben kann und auch erhebt.

Die Eisenbahnverwaltung ist eben der unsozialste aller Betriebe; sie propoziert absichtlich Unzufriedenheit, die sich in Streiks entladen soll, damit sie als Vorposten für den Reichsverband der Industrie alle Unruhen brutal niederschlagen kann.

Es wäre interessant und würde einen unglaublichen Korruptionssumpf aufdecken, wenn der Reichstag einen Untersuchungsausschuß über die Finanz- und Personalverwaltung der Reichsbahn einsetzen würde. Zweifellos ist er dazu laut Reichseisenbahngesetz berechtigt. Die Öffentlichkeit würde staunen, wie 1 1/2 Jahre „kaufmännischer Betriebsführung“ aus der deutschen Reichsbahn den unsozialsten aller Betriebe machen konnten.

In der Hauptverwaltung der Reichsbahn scheint das böse Gewissen eine Art Panikstimmung erzeugt zu haben. Nur so ist es zu erklären, wenn die Reichsbahndirektion Berlin — zweifellos auf höhere Anordnung — an alle Dienststellen ein Telegramm erläßt, daß nach Zeitungsmeldungen die Eisenbahnergewerkschaften den Streik beschließen hätten und die Jüge auf der Strecke anhalten würden. (!) Es wird dann vor der Befolgung solcher Maßnahmen gewarnt, die auf das „schwerste geahndet“ würden. In hiesiger Morgen sind die Dienststellenleiter von den Amisvorständen zu einer Konferenz zusammenberufen. Die Eisenbahner werden den Scharfmachern in der Hauptverwaltung nicht den Gefallen tun und um die Durchsetzung des überaus kümmerlichen Schiedspruches streiten. Sie werden auf dem Rechtsweg die Reichsbahngewerkschaft zur Anerkennung des Schiedspruches zwingen.

Wie sehr die Hauptverwaltung selbst rechtsstehende industrielle Kreise bei ihrer geradezu topflos-reaktionären Politik gegen sich hat, beweist der Leitartikel der „D. N. Z.“ in der gestrigen Abendausgabe. Es wird dort zunächst eingehend der rechtliche Nachweis erbracht, daß die Hauptverwaltung der Reichsbahn einen juristisch unhaltbaren Standpunkt einnimmt, wenn sie die Verbindlichkeit des Schiedspruches nicht anerkennt. Dann heißt es u. a.:

„Es sind in der Öffentlichkeit manche Zulagen, Gratifikationen an hohe Beamte und Entartierung innerhalb der Beförderungsgruppen laut geworden. Es wäre sehr interessant, auch einmal zu erfahren, wie sich die 280 Millionen Mark Mehraufwand an Personalausgaben, über die der Verwaltungsrat mit Recht geklagt hat, im einzelnen zusammenlegen. Vielleicht gibt die Reichsbahn einmal die Trappistenrolle, die sie gegenüber dem deutschen Volke und seiner parlamentarischen Vertretung bisher ausgezeichnet gespielt hat, auf. Anderenfalls wird sie sich nicht darüber beklagen dürfen, daß die Rundgebungen ihres nicht nur von deutschen Mitgliedern besetzten Verwaltungsrats und ihr Vorgehen in der Personalpolitik — mir von dieser sprechen wir in diesem Zusammenhang — auf manche skeptische Beurteilung in der Öffentlichkeit stoßen. Die Sozialpolitik der Gesellschaft ist ein Thema, über das wir uns schon öfter unterhalten haben. Sein wichtigstes Ergebnis war jedenfalls die Erkenntnis, daß eine Bürokratie, die sich auf einmal als privatwirtschaftlicher Unternehmer geben soll, keineswegs vorbildliche Leistungen auf sozialem Gebiete hervorbringen muß.“

Nochmals die Einheitskomiteemache.

Oder die SPD. sucht sich mit SPD-Genossen zu sanieren.

Die Mahnung, die wir in der Sonnabend-Morgenausgabe des „Vormärts“ an unsere Genossen in den Betrieben richteten, sich nicht für die kommunistischen Einheitskomitees herzugeben, hat auf der Gegenseite keine Befriedigung ausgelöst. Die „Rote Fahne“ widmete dieser Mahnung in ihrer Sonntagsausgabe den Leitartikel. Schon in der Ueberschrift bezeichnet sie unsere Mahnung als „Ein unerhörter Anschlag gegen die Einheitskomitees!“, den sie im Leitartikel als „die erste Wirkung des sozialdemokratischen Koalitionsverhältnisses“ darstellen möchte.

Wenn wir mit ebenso starken Worten operierten, müßten wir es allerdings als einen unerhörten Anschlag auf unsere Parteiorganisation und die Gewerkschaften bezeichnen, wenn die SPD. in den Betrieben versucht, Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsmitglieder, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen, in kommunistischen Einheitskomitees einzulassen, die sich gegen die SPD., gegen den ADGB richten, um der Moskauer Sache zum besten zu dienen.

Unserer Mahnung vom Sonnabend haben wir nichts hinzuzufügen. Die „Rote Fahne“ hat sie wörtlich zum Abdruck gebracht. Sie kommt zu dem Schluss: Nun erst recht Einheitskomitees! Die Antwort unserer Genossen in den Betrieben muß lauten: Aber ohne uns! Denn es ist eine bemühte Irreführung, wenn das kommunistische Blatt die Dinge so darzustellen sucht, als seien diese Einheitskomitees, die lediglich von der

SPD. ausgehen, zur Durchführung des Volkswirtschafts notwendig. Im übrigen erinnern wir daran, daß in dem gemeinsamen Beschluß ausdrücklich festgelegt worden ist, daß jede Partei ihre Aktion selbständig führt. Dieser Beschluß, der auch von den Vertretern der SPD. gefaßt wurde, bleibt nach wie vor in Kraft. In Wirklichkeit haben diese Einheitskomitees den Zweck, der kommunistischen Parteiorganisation auf die Beine zu helfen. Die Heranziehung der Indifferenten fällt wohl zu schwer, weshalb versucht wird, unter den SPD-Genossen Proselyten zu machen. Es ist zuviel verlangt von der SPD., wenn sie uns verpflichtet hält, sie bei diesem Geschäft nicht zu stören.

Zustände bei Siemens.

Die Betriebsleitung deckt eine unglaubliche Rohheit.

Uns wird geschrieben: Bei der Firma Siemens-Schuckert, Dynamowerk, hat sich folgender einzig dastehender Vorgang abgespielt:

Der Heizer G., der circa 5 Jahre, vertretungsweise sogar als Oberheizer bei der Firma beschäftigt war, hatte den Auftrag erhalten, mit einem seiner Mitarbeiter die Flugboje aus den 2 ft. Kanälen des Dampfessels zu entfernen. Es ist dies eine der unangenehmsten und schmutzigsten Arbeiten. Beide arbeiteten intensiv, um diese Arbeit noch bis Schluß der Arbeitszeit fertigzustellen, was ihnen auch gelang.

Sie begaben sich darauf zur Garderobe bzw. zum Baderaum. Als G. vollständig entkleidet die Badewanne betreten hatte, erschien der Meister Kobran und fragte G., ob er nicht gelesen habe, daß die Arbeitszeit neun Stunden beträgt. G. verneinte dies und wandte dabei ein, er sollte doch Rücksicht nehmen, wer acht Stunden im Kessel arbeitet, hätte voll und ganz genaugen, mehr könne man doch wirklich nicht verlangen. Auf diese sachliche und verständliche Antwort erwiderte sich K. folgende Äußerung: „Alle haben neun Stunden zu arbeiten und Dir Strich werde ich es befehlen. Du hast die Leute aufgerebet, sie sollen nicht neun Stunden arbeiten.“

Als sich G. diese Beleidigung und Anschuldigung verbat und andeutete, er werde sich darüber beschweren, entfernte sich K. Nach einigen Minuten kehrte K. jedoch zurück und schlug nun hinterücks auf G., der soeben der Badewanne entfliehen war. Ios, daß das Blut nur so spritzte. Nur mit Mühe konnten die noch anwesenden Arbeiter den Menschen beruhigen und ihn veranlassen, den Baderaum zu verlassen. G. mußte sofort den Baderaum aufsuchen und sich in ärztliche Behandlung begeben.

Der Direktion wurde diese Angelegenheit unterbreitet und man hatte erwartet, daß diese den K. zur Verantwortung ziehen würde. Firmen, welche einermischen auf ihr Ansehen etwas geben, hätten dies sofort getan. Die Direktion der Firma Siemens-Schuckert ist anderer Meinung. Sie hat diesen brutalen Ueberfall damit gefügt, daß sie den Heizer G. entließ.

Das ist ein Verbrechen, das jedem rechtschaffenen Menschen die Schamröte ins Gesicht treiben muß. Die Direktion mußte sich die Frage vorlegen, was K. als Vergeltung im Baderaum wollte. Außerdem ist das wohl kaum der richtige Ort, jemanden zur Verantwortung zu ziehen, der nach seiner Meinung seinen Anordnungen nicht Folge geleistet hat. Es gehört doch wahrhaftig nicht viel dazu, das zu begreifen.

Hoffentlich wird der Heizer gegen diesen Rohling bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstatten und außerdem beim Gewerbeamt nach dem Betriebsrätegesetz seine Rechte geltend machen. Nach den uns zugegangenen Mitteilungen versucht man bei den Arbeitern, die diesen Vorfall mit angesehen haben, gutes Wetter zu machen. Wir legen bei den Arbeitern voraus, daß sie sich durch sogenannte Liebenswürdigkeiten schon in ihrem Interesse nicht von der Wahrheit abbringen lassen werden.

Gewerkschaftliche Fortschritte.

Bei den Lebensmittel- und Getränkearbeitern.

Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter hatte am Sonntag im Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung, die in Anbetracht der Neuwahlen der engeren Ortsverwaltung außerordentlich gut besucht war. Ein Geschäftsbericht für das Berichtsjahr 1925 gab der 1. Bevollmächtigte H. D. Er behandelte hauptsächlich die Lohnbewegungen, die im Laufe des Jahres in allen Berufsgruppen des Verbandes geführt wurden. Die in den wichtigsten Gruppen erzielten Lohnerhöhungen der gesamten Arbeiter waren: Brauereiarbeiter von 37,50 R. auf 47 R. gleich 25 Proz., Mühlenarbeiter von 37,50 R. auf 46,50 R. oder 24 Proz., Monopolarbeiter von 39,65 R. auf 46,65 R. oder 17,6 Proz., Siforarbeiter von 34,68 R. auf 45 R. oder 30,1 Proz. Wenn auch die Lohnerhöhungen mit den steigenden Lebenshaltungskosten nicht Schritt halten konnten, so können sie doch

im Verhältnis zu den in anderen Industrien erzielten Lohnerhöhungen als ganz gut bezeichnet werden. Der Redner kritisierte dann noch besonders das Ueberstundenwesen, das besonders in einigen Brauereien Platz gegriffen hat. Es läßt sich nicht mit dem Prinzip der Solidarität vereinbaren, angesichts der übergroßen Arbeitslosigkeit noch Ueberstunden zu machen und den Arbeitslosen die Arbeitsmöglichkeit zu nehmen. Ebenso muß den Bestrebungen bei einzelnen Mühlenarbeitern begegnet werden, ohne Vermittlung des Stellennachweises in Arbeit zu treten.

Aus dem gedruckten Kassenericht für das 4. Quartal 1925, der vom Kassierer K. K. K. erläutert wurde, ist zu ersehen, daß die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse mit 45.810 R. balancieren. Die Ausgaben der Lokalkasse überstiegen die Einnahmen um 963,00 R., was auf die an 170 erwerbslose Verbandsmitglieder gezahlte Winternachtsunterstützung von insgesamt 4370 R. zurückzuführen ist. Der Mitgliederbestand erhöhte sich von 3902 am Schluß des 4. Quartals 1924 auf 4504 am Ende des Jahres 1925. Arbeitslosenunterstützung wurde im Oktober 1925 für 418 Tage gezahlt, im Dezember für 1643 Tage und im Januar 1926 bereits für 2167 Tage.

In der Diskussion konnte an der Tätigkeit der Ortsverwaltung wenig Kritik geübt werden. Ein heftiger Redekampf entbrannte aber um die Neuberechnung der engeren Ortsverwaltung. Die Funktionäre und Vertrauensmänner hatten gegen wenige Stimmen beschlossen, der Generalversammlung die Wiederwahl der alten Ortsverwaltung vorzuschlagen. Die Opposition erhob gegen die Wiederwahl Widerspruch und verlangte eine Verhältniswahl, um in der Ortsverwaltung mit vertreten zu sein. Nach einer stürmischen Debatte beschloß die Versammlung die Verhältniswahl. Da man sich jedoch nicht klar war, wie eine Verhältniswahl bei zwei sich gegenüberstehenden Listen durchführbar sei, erklärte H. D., die Angelegenheit dem Hauptvorstand zur Entscheidung zu unterbreiten.

Die Handelsarbeiter im Einzelhandel.

Am Mittwoch, den 27. Januar, hielten die Handelsarbeiter im großen Saal des Gewerkschaftshauses ihre Jahresversammlung ab, die außerordentlich gut besucht war. Als Einleitung hielt der Reichstagsabgeordnete B. D. ein Referat über „Fürsten- und Erbschaften, Erwerbslosenfürsorge und Arbeiterlöhne“. Daß gerade dieses Thema unter den Handelsarbeitern besonders Aufnahme fand, ging aus den wiederholten Beifallsbekundungen und Entzürstungen hervor. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen, da die Versammlung sich die Ausführungen des Referenten zu eigen machte und sich verpflichtete, jetzt schon in den Betrieben für den Volkswirtschaft und die nötige Klärung zu sorgen.

Den Bericht über die Lohnbewegung gab H. D. vom Deutschen Verkehrobund. Die Arbeitgeber beabsichtigten, einen Lohnabbau vorzunehmen; der Lohnvertrag ist jedoch nach längeren Verhandlungen bis zum 2. April verlängert worden. Bei der Neuwahl der Branchenleitung wurden unter Berücksichtigung der einzelnen Gruppen die von den Funktionären vorgeschlagenen Kollegen einstimmig von der Versammlung gewählt. Die neu gewählte Branchenleitung wurde gleichzeitig beauftragt, sich jetzt schon mit dem Ablauf des Mantelvertrages zu beschäftigen, da die im Zwangsvertrag vorgesehene Arbeitszeit eine Änderung erfahren müsse.

Zunehmende Arbeitskonflikte in Sowjetrußland.

Moskau, 31. Januar. (D. Z.) Die „Pravda“ lenkt die Aufmerksamkeit der kommunistischen Parteileitung auf die starke Zunahme der Konflikte zwischen den Trufts und Betrieben einseitig und den Gewerkschaften andererseits. Im Jahre 1923 wurden im Gebiet der Russischen Sowjetrepublik 2702 Streikfälle verhandelt, 1924 schon 3964 und in den ersten drei Quartalsjahren 1925 hieß die Ziffer auf 5527. Wenn das so fortgeht, müßte die Arbeit darunter leiden. Das Arbeitskommissariat müßte in die zur Schlichtung berufenen Organe besonders geschulte Mitarbeiter ernennen und ihnen eine sorgfältig ausgearbeitete Instruktion geben. (Die „Pravda“ scheint demnach zu glauben, daß die Ursache der Unzufriedenheit der Arbeiter mit ihren Arbeitsbedingungen in der mangelhaften Eignung der Schlichter zu suchen ist!)

Gewerkschaftsunterkommissionen. Am Donnerstag, 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung der Unterkommission bei Drenner, Riffmannstr. 4. Wichtige Tagesordnung.

Verantwortlich für Posten: Carl Reuter; Bericht: W. von Götters; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Fußball: Dr. John Schmalz; Lokales und Sonstige: Fritz Korb; Quartier: H. Glade; Bericht: in Berlin; Berlin: Derwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Formosa-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Besonders billig im Zeichen der „weißen Wochen“

Herren-Jackelanzüge	18.—	Kellnerhürzen	2.75
Herren-Mäntel	22.—	Kellnerjahren	5.25
Herren-Sportanzüge	24.—	Koch- und Konditormützen	1.10
Windjacken aus wasserdichten Stoffen	7.75	Kochjahren	5.40
Gummimäntel	12.—	Konditorjahren	5.50
Damen-Mäntel	7.—	Frisierjahren	5.75
Lodenmäntel für Damen und Herren	18.—	Frisiermäntel	9.75
Culaway und Weste	45.—	Laboratoriumsmäntel für Damen	7.25
Herren-Hosen gestreift	4.25	Herzstichel	9.75
Damen-Beizecken	59.—	Weißer Körperhosen	5.75
Lodenjoppen	8.50	Weißer Sweater für Herren und Damen, reine Wolle, vorzügliche Qualität	13.90
Leder-Sportjoppen	65.—	Weißer Sportwesten f. Herren u. Damen mit groß-umgelegten, reine Wolle	14.90
Knabenanzüge 0/3	8.50	Weißer Taghemden für Herren	2.20
Knabenmäntel	8.—	Stiefkragen für Herren, 3 Stück	—55
Chauffeur-Anzüge	38.—	Weißer Taschentücher mit Riposte 1/2 Dutzend	—95
Chauffeur-Mäntel	69.—	Verkal-Oberhemden mit ein. Hett. u. ein. weich. Kragen u. Riappmanschetten	3.75
Chauffeur-Belze	129.—	Weißer Westen	4.90
Nachtpeize wenig gebraucht	von 20.—		

Einsegnungsanzüge Größe 164 aus sehr haltbarem dunklen Cheviot, ein- und zweifach . . . von 27.— an
Prüfungsanzüge aus Hornspun Gräten- und anderen Stoffen, Größe 164 . . . von 21.— an
Reizere Größen 10 % billiger!

Bestimmen Sie in unserer Mahabildung die neuesten Frühjahrsmodele

Baer Sohn H. G., Berlin

Eigene Kleiderwerke und Gummimantelabteilung nur Chaussee-Str. 29/30 Untergrundbahn Gleitener Bahnh.



Gerade in der letzten Zeit hat die politische Abteilung am Berliner Polizeipräsidium — die Abteilung Ia — in Verbindung mit der Aufdeckung der Fememorde viel von sich reden gemacht. Die Rolle, die das Sonderdezernat für Fememorde dabei gespielt hat, wird jetzt, aus Anlaß des ersten Berliner Fememordprozesses, eine gewisse Illustration erhalten. Die große Bedeutung dieser Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums im Leben der Großstadt beruht aber eine besondere, wenn auch skizzenhafte Darstellung ihrer Tätigkeit. Diese erscheint um so interessanter als sie gewissermaßen die politische und zum Teil auch wirtschaftliche Geschichte des Landes widerspiegelt. Sie mußte in der Kaiserzeit — damals war es die Abteilung VII — einen gänzlich anderen Charakter tragen. Damals galt ihr Kampf allein der Arbeiterbewegung und deren wirtschaftlichen und politischen Organisationen. Außer diesen waren es noch die Anarchisten und die russischen politischen Emigranten, die sich der besonderen Aufmerksamkeit der politischen Polizei erfreuten. Heute gilt es für die Abteilung Ia, im Interesse der Republik nach zwei Fronten hin den Kampf gegen verfassungsfremde Elemente zu führen — nach links und nach rechts; aber auch der Schutz der verfassungstreuen Parteien untersteht der Abteilung Ia.

Die Organisation der Abteilung Ia.

Die Abteilung Ia am Berliner Polizeipräsidium bildet einen Teil der allgemeinen Kriminalpolizei. Ihre Tätigkeit kann sie aber nicht allein auf Berlin beschränken. Nur allzu oft wird eine Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden anderer Städte notwendig. Ihre spezielle Aufgabe ist Bekämpfung strafbarer Handlungen auf politischem Gebiet oder solcher mit politischem Hintergrund. In Frage kommen in erster Linie Hoch- und Landesverrat, Aufrühr, Geheimbündelei, Verhöfe gegen die Republikanhänger, politische Morde (Fememorde), Zusammenstöße aus Anlaß von Rillereien zwischen politischen Gegnern, Pressedelikte; ferner Beobachtung des gesamten politischen Lebens und der wirtschaftlichen Verhältnisse vom politischen Gesichtspunkte aus. An der Spitze der Abteilung steht Regierungsdirektor Wüddich. Sie zerfällt in sieben Dezernate, die von einzelnen Polizeiräten geleitet werden. Als Hilfsarbeiter stehen ihnen Polizeioberleutnants und Inspektoren zur Seite. Die außerordentlich zahlreichen Beamten verstehen teils den Innern, teils den Außendienst. Letzterer wird von einem Kriminaldirektor und von besonderen Kriminalbeamten besorgt, die in einem bestimmten Dezernat zusammengefaßt sind. Von hier aus werden sie den verschiedenen Dezernaten zugewiesen und versorgen den Straßendienst, die Ueberwachung der Versammlungen und der Straßensammlungen, die Beobachtung einzelner Personen usw. Es leuchtet von selbst ein, daß das Hauptaugenmerk der politischen Polizei heute auf die Tätigkeit derjenigen politischen Parteien gerichtet ist, die für das Bestehen der Republik eine Gefahr bedeuten. Vom Kapp-Putsch an datiert der Kampf nach rechts; Erzbergers — und dann Rathenaus Ermordung, das Republikstüchgelei, die Roß-

bach-Organisationen, die Fememorde, die schwarze Reichswehr, der Hitler-Putsch — das waren die Höhepunkte der Tätigkeit der politischen Abteilung. Das Dezernat III mußte selbstverständlich alle Fäden, soweit sie in Berlin zusammenliefen, in der Hand haben, um gemeinsam mit dem Reichskommissariat für öffentliche Sicherheit und den politischen Polizeien der anderen deutschen Länder vorzubereiten und einschreiten zu können. Welch große Arbeit an Beobachtung und Ueberwachung dabei zu leisten war, läßt sich wohl denken. Ist im Augenblick die rechtsradikale Bewegung wenigstens dem Anschein nach auch in ruhigere Bahnen getreten, so darf sich das Dezernat, wie die vor einiger Zeit entdeckte Ku-Klux-Klan-Organisation, das Stresemann-Attentat und manches andere neuerdings zeigt, nicht in Sicherheit einlassen lassen. Der Linkssozialismus kannte wieder andere Kulminationspunkte. Den ersten bildete der Aufstand in Mitteldeutschland; der zweite setzte im Herbst 1923 ein, dauerte im Frühjahr 1924 fort, um sich dann in gewissen Kreisen weiterzubewegen. Auch der Linkssozialismus befindet sich augenblicklich, jedoch in einem noch viel höheren Maße als der Rechtssozialismus, in einem Zustande der Stagnation. Die Putschvorbereitungen von 1923 erfahren noch immer ihre Liquidierung vor dem Staatsgerichtshof in den verschiedenen Kommunistenprozessen. Welche Rolle das Dezernat III bei der Aufdeckung und Verhütung der kommunistischen Hirngespinnste gespielt hat und wie gefährdet und angegriffen sie deshalb ist, hat ja der Prozeß Neumann und Genossen erwiesen. Mit den beiden „politischen“ Dezernaten steht ja das Spitzel- und Cockspitzelproblem im engsten Zusammenhang. Daß das Spitzeltum verwerflich ist, versteht sich von selbst. Um so natürlicher ist aber das Spitzeln von Vertrauensmännern, deren Aufgabe es ist, die politische Polizei über die Tätigkeit und Pläne der russischen Organisationen zu informieren.

Fremdenamt — Auswanderungsamt — Fremdenlegion.

Das Fremdenamt ist mehr als eine Poststelle. Es hat unter Umständen auch die Ueberwachung der Fremden zu bewerkstelligen, — insofern handelt es im Einvernehmen mit den entsprechenden Dezernaten. Politische Emigranten beider Richtungen, wie der linken, so auch der rechten, machen allzu oft das fremde Land zum Tummelplatz ihrer politischen Leidenschaften, wenn das eigene durch politische Unfreiheit ihnen den Zutritt verwehrt. So waren es die russischen Monarchisten, die sich in Deutschland während der letzten Jahre hier und da unheimlich bemerkbar machten: es genügt ja, an die Ermordung des ehemaligen Kereschew-Ministers Raschoff zu erinnern oder an den vor einiger Zeit verhafteten und bald auf freien Fuß gelassenen russischen Offizier Druschelowsky. Desgleichen mußte wohl in Verbindung mit den Putschplänen der Kommunisten auch so mancher sowjetrussische Agent übermachtet werden, — der Fall Stoblewsky spricht Bände; das Ausschließen, das die feinerzeitige Durchsuchung der russischen Handelsvertretung und die dadurch entstandene diplomatische Bewildung verurteilt hat, ist noch lange nicht vergessen; die kommunistische Bahnhofslegionäre harren noch ihrer gerichtlichen Erledigung. Die Ermordung des Laala-Polscha durch den armenischen Studenten Teisirian, die Ermordung von zwei weiteren Armeniern, die Bulgaren- und Chinesenerhöfungen, die nicht wenig böses Blut gemacht haben, gehören auch hierher. Mit allen diesen Ereignissen hat aber das Fremdenamt nur insofern zu tun, als Aufenthaltsgenehmigungen und Ausweisungen der Fremden vom Fremdenamt abhängen. Daß in dieser Beziehung gerade die Ueberschreitung Berlins mit Rußen und in Verbindung damit gewisse Vorkommnisse — siehe den im Augenblick verhandelten Fall Partels — manches Aufsehen erregt

haben, ist ja bekannt; eine gewisse Schärfe bei der Handhabung der Vorschriften erscheint insofern berechtigt, als verschiedene Elemente sich über die bestehenden Vorschriften allzu leicht hinwegsetzen — wie weit diese überhaupt erwünscht und notwendig sind, ist eine Frage für sich. Im großen und ganzen steht das Fremdenamt auf dem Standpunkt, daß Repressionsmaßnahmen nur als Antwort auf ähnliche Maßnahmen der in Frage kommenden Regierungen in Betracht zu ziehen sind — man denke zum Beispiel an die Ausweisungen von Deutschen aus Norwegen, an den Wirtschaftskrieg zwischen Deutschland und Polen. Zweifellos bildet die Behandlung der Ausländer eine äußerst heikle Angelegenheit. Die Behandlung, die sie in Deutschland erfahren, wirkt auf das Verhältnis zu den Deutschen im Auslande zurück. — Keine geringe Arbeit hat auch das Dezernat, das sich mit dem Auswandererwesen befaßt. Die Auswanderer müssen gegen Ausbeutung durch wilde Auswanderungsbureaus geschützt werden. Es muß auf die Einhaltung der bestehenden Vorschriften geachtet werden. Das gleiche Dezernat bearbeitet auch die Angelegenheiten der Fremdenlegion, in die sich abenteuerlustige junge Leute gern anwerben lassen. Besonders viele waren es aus dem besetzten Gebiet. Gerade in diesem Jahre begannen die ersten Fremdenlegionäre in die Heimat zurückzukehren. Die Abteilung Ia erhält von den verschiedenen Poststellen Nachricht über ihre Ankunft und löst sie dann durch ihre Beamten über ihr Leben in der Fremdenlegion ausführlich ausfragen. Die Berichte laufen alle im Dezernat II zusammen.

Dann gibt es noch die Staatspolizeizentrale. Sie hat die Spionagebekämpfung zur Aufgabe. Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf das ganze Reich. Trotzdem Deutschland entwaffnet ist und für seine Nachbarn keine Gefahr bietet, ist das Interesse für seine militärischen Geheimnisse anheimend sehr groß. In erster Linie kommen die Nachbarstaaten in Betracht. In die Öffentlichkeit bringt so gut wie nichts von der Tätigkeit der Staatspolizeizentrale. Die Geschäftsverhandlungen, selbst die Urteilsverkündung finden hinter geschlossenen Türen statt. Die Statistik spricht aber eine berechtigte Sprache. So sind im Jahre 1924 etwa 300 Spionagefälle zur Aburteilung gelangt. Immer wieder vorziehen es die fremden Agenten, sich deutsche Bürger gefügig zu machen und sie um des schändlichen Kommons willen zur Auslieferung von Militärgeheimnissen zu veranlassen. Das Treiben der politischen Parteien, der Anflug der schwarzen Reichswehr konnten selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf die Ausbreitung des Spionagenetzes bleiben.

Die Abteilung Ia hat eine verantwortliche und politisch notwendige Arbeit zu erfüllen. Davon, wie weit sie auf der Höhe und von welchem Geiste sie befeht ist, hängt zum großen Teile das Wohl und das Bestehen des Staates ab. Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, daß alle Posten, die nur einigermaßen mit der politischen Tätigkeit zu tun haben, von ehrlichen Republikanern besetzt sind. Denn diesen Beamten ist ja nicht zuletzt die Sicherheit und Unverletzlichkeit der republikanischen Verfassung anvertraut. Die Abteilung Ia, die politische Polizei ist ihrem Sinne nach nicht mehr, wie während der Kaiserzeit, ein Instrument gegen das Volk, sondern Organ des Volkes im Kampfe gegen diejenigen staatsfeindlichen Elemente, die seine, wenn auch noch allzu unvollkommene Schöpfung, die Republik, zum Sturze bringen wollen.

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

„Lieben Sie ihn denn, Fräulein? Noch nach all dem?“ Eva dachte an all die Kränkungen, an die Verzweiflungsausbrüche, die sie hier schon in der kurzen Zeit miterlebt hatte.

„Lieben —?! Sie sind wohl nicht ganz richtig hier!“ Das Fräulein tippete sich auf die Stirn. „Lieben —?! Den kann ich doch nicht mehr lieben. Ich hasse ihn, ich hasse ihn!“ Ihre Augen flammten. „Aber er soll, er muß, und er wird mich heiraten!“

Das begriff Eva nicht. Und das beschwerte noch mehr ihre Seele. Es war ja alles so traurig, so unendlich traurig und so niederziehend hier. Da war es bei Lenchen längst nicht so niederziehend gewesen — oder war sie damals noch allzu dumm? Jetzt war sie klug, allzu klug. Sah sie tief in das Gebrechen alles Menschlichen hinein. Und das rief sie immer mehr zum Rand jenes Fensters hin, aus dem es hinabgeht in eine dunkle, unergründliche Tiefe. Jetzt hatte sie keine Angst mehr, hinabzuspringen, würde sich auch nicht mehr zu schützen suchen vor zu hartem Fall. Es kam ihr gar nicht darauf an, wenn sie erst noch Schmerzen leiden mußte, nur dann auch wirklich zu Ende, endlich zu Ende!

Lang genug war der Weg gewesen, den Eva gegangen, ihr Kreuz auf den Schultern. Ihre Füße, ihre Hände trugen Wundenmale, das schmerzhafteste, blutendste Mal trug aber ihre Seele. Es war genug jetzt, übergenuß. Sie hatte eine unendliche Sehnsucht, ihr Haupt zu neigen.

Wenn Eva in der Küche zum Blankzeugputzen, zum Scheuern der Pfannen scharfe Essenzen benutzte, auf deren Flaschen der vorsichtige Drogist ein Etikett mit einem Latenskopf klebt, dann rief sie daran, aus ihren Blicken sprach eine heimliche Gier, ein dürstendes Begehren. Das hier an den Mund heben, trinken! Und wenn es auch brannte, Schlund und Magen zertraß. Aber doch war es ihr noch nicht verlässlich genug; sie würde vielleicht schreien vor Schmerz — mer ist seiner selbst so sicher, daß sich ihm in höchster Qual nicht doch ein Schrei entringt? — und das Fräulein würde schreien, und dann würde man ihr den Magen auspumpen, sie wieder zum Leben zwingen. Und das wollte sie nicht, sie wollte sterben.

In solchen Stunden war Eva dem Fräulein unerklärlich; warum blickte das Mädchen so fessam? So wie ganz abwesend? Sie sprach, sie ging, als wäre sie eine Maschine, als wären ihr die Gedanken ganz weit fort. Und das Gesicht

war dann so verändert, der Mund fest aufeinandergepreßt, die Wangen plötzlich ganz hohl, die Säen zusammengezogen, wie ein Mensch sie zusammenzieht, wenn er angestrengt auf etwas lauht. In dem halsinfarbenen Braun der Augen flackerte dann etwas auf, was das Fräulein ängstigte.

Alle Leute leben ganz in ihren Erinnerungen, die Gegenwart nehmen sie nur noch hin wie ein lästiges Ruch — Eva war alt, sehr alt. Wo sie stand, wo sie ging, was sie tat, überall waren Erinnerungen bei ihr. Sie sprach mit ihnen. Und es war merkwürdig: das Böse, das ihr widerfahren war — und es war dessen je weit mehr als des Guten — trat jetzt zurück hinter das Gute.

Sie sah wieder auf ihrer Mutter Schoß — Fräulein Helene zog ihr die Schuhe aus, wärmte ihr die Füßchen mit ihrer Hand — goldene, honigduftende Blumen pflüchte sie auf der Tiergartenwiese — sie tanzte Bernstein und Muscheln am blauen Meer — sie spielte mit ihrem kleinen Hund — sie ging über sonnige Wege in Frau Vessels Garten — sie sah mit Albert am Feiertag im Theater — ihr war so wohl. Und sie hörte Stimmen, die sie lange, ach, so lange nicht mehr gehört hatte.

„Meine kleine Eva!“ küsterte zärtlich die Mutter — Schwester Johanna sprach: „Meine gute Eva!“ — Wanda bat: „Komm, wir gehen nach Hause!“ — Albert fragte: „Könnten wir nicht manchmal zusammen ausgehen?“ — die schöne Frau Vessel sprach und lächelte dazu verheißend: „Wenn es nicht mehr geht, werde ich schon sehen.“ Ach, sie waren ja alle lieb! Und besonders Lenchen. Und der Professor war auch gut, und die Doktoren waren gut, selbst die alte Benck und Schwestern Maria und Mariha, und Grete und der arme kleine Felix, und Peterseims und die Baronin. Nur Tante Ella ließ sich niemals sehen, der Onkel auch nicht, und nicht die Vämmlerin mit ihrem Reffen. Und Sophie auch nicht. Und das war gut; denn die wollte sie niemals mehr sehen, das tat immer noch weh.

Eva breitete ihre Arme aus, sie umarmte all ihre guten Erinnerungen. Die bösen wies sie zurück: „Ihr sollt mich nicht mehr stören. Ihr habt mir wehe getan, ihr habt mich verjagt, ihr habt mich gehegt von Türe zu Türe — nun ist es genug. Nun könnt ihr mich nicht mehr tranken!“

„Weinen Sie doch nicht,“ sagte Eva zu Fräulein Frida. „Wenn Herr Alsheim kommen sollte, dann will ich ihm gern noch sagen, daß Sie fortgegangen sind und nicht mehr wiederkommen. Sie haben noch eine Mutter, Sie sind doch noch glücklich daran!“

„Ich kann nicht, ich kann nicht!“ Das Fräulein hatte vor dem Stuhl auf den Knien gelegen, auf dem Eva saß, den

Kopf in den Schoß des Mädchens verborgen. Jetzt sprang sie auf, ihr tränenüberströmtes Gesicht war verzerrt vor Ruch und Verzweiflung: „Sie haben ganz recht, Eva, ja, ich müßte gehen! Aber ich tu's doch nicht. Ich kann nicht. Die zu Hause denken, ich bin längst verheiratet, ne reiche Frau, und nun soll ich eingestehen, daß ich so blamiert bin? Nein, das tue ich nicht. Und ihm diesen Gefallen tun? Erst recht nicht. Ich hasse ihn, ich hasse ihn jetzt, nun ich das letzte weiß, noch tausendmal mehr. Aber er soll mich heiraten!“ Und sie drohte mit der erhobenen Hand in die Luft.

Herr Alsheim hatte schon Tage und Tage nichts von sich hören und sehen lassen. Er hatte auch auf kein Schreiben geantwortet. Und das Fräulein hatte geschrieben und antelephoniert und wieder geschrieben. Eva sah ihre Herrin rasselnd durch die Wohnung laufen, sie traute sich nicht fort, sie wartete, erwartete ihn immer vergebens. Und nachts hörte sie das Fräulein ruflos weinen.

Herr Alsheim hatte sich jeden Besuch seiner Freundin in der Privatwohnung und im Geschäftslokal energisch verboten. „Gehen Sie nicht,“ warnte Eva. Aber Fräulein Frida ging doch; sehr elegant, in langem seidenen Mantel, einen gleichfarbigen Hut mit Bleureusen auf dem Kopf. Aber ganz aufgeregelt kam sie bald wieder zurück. Fast schreiend stürzte sie zu Eva hinein: „Was sagen Sie dazu?! Mit einer anderen lebt er in seiner Privatwohnung zusammen — mir hat er gesagt, seine Mutter wohnt bei ihm, darum soll ich nicht kommen. Schöne Mutter das! Sie machte mir ja die Türe auf. Und vorher in seinem Geschäft das Achselucken: „Bedauere, der Chef ist nicht da“ — das höhnische Lächeln: „Ne nicht zu sprechen.“

„Für mich nicht zu sprechen?!“ — „Bedauere sehr!“

„O dieser Kerl, dieser Schuft, dieser wortbrüchige Schuft!“ Die Wut des Fräuleins hatte keine Grenzen gekannt und auch nicht ihre Verzweiflung.

Eva wunderte sich selber, daß sie so viel Anteil hatte nehmen können. Lange, lange hatte sie auf die Verzweifelte eingeredet, das Herz klopfte ihr dabei so, als gälte es, atemlos herbeistürmend, einen Menschen zu retten. Dieses dumme Herz! Es macht ihr immer viel Pein, und wenn sie sich so aufregte, wie eben jetzt, dann noch mehr Pein. Und doch jete nun doch nicht gehen wollte, diesen Mann nicht verlassen, dem sie überlästigt war, von dem sie selber sagte, daß sie ihn hasste, das regte sie sehr auf. Aber das Fräulein meinte fliegend: „Meine schöne Wohnung, all die mir lieben Sachen,“ und dazwischen zornig: „Nein, den Gefallen tu ich ihm nicht!“

Eva wandte sich ab, ihr war es sehr elend: o, daß sie doch bald gehen könnte, abschließen! Hier war es so schmutzig.

(Schluß folgt.)

Weisse Woche.

Seit der Stabilisierung unserer Wirtschaft hat sich das laufende Publikum der Großstädte daran gewöhnt, daß den Inventurverläufen nach einer kurzen Pause auch die Weissen Wochen folgen. Ihr Zweck ist es, in einer Zeit, in der bei normalen Preisen die Käufer ausbleiben, durch Preisherabsetzungen Kundenschaft heranzuziehen. In diesem Jahre haben die Preisherabsetzungen der Inventurverläufe und der Weissen Woche noch eine besondere Bedeutung. Sie sind die Wegbereiter des allgemeinen Preisabbaues im Einzelhandel mit Textilien und Bekleidung. Die Erfahrung, die der Einzelhandel aus dem wenig befriedigenden Weihnachtsgeschäft gezogen hat, müssen sich zu der Erkenntnis verknüpfen, daß es für den Einzelhandel nur eins gibt, die Preise mit dem Einkommen der großen Massen in Einklang zu bringen. Es kommt alles darauf an, daß der Einzelhandel die große Macht, über die er verfügt, auch in der richtigen Weise seinen Lieferanten gegenüber zur Geltung bringt und die notwendigen Preisermäßigungen durchführt. Davon wird es abhängen, ob die allgemeine Preisermäßigung auch eine dauernde ist.

Bei dieser Gelegenheit muß einmal auf die Tatsache hingewiesen werden, daß die Frauen der arbeitenden Klassen es bei ihren Einküfen oft an der nötigen Sorgfalt fehlen lassen und deshalb die Ware teurer bezahlen müssen, als die Frauen der bessergestellten Bevölkerungsschichten. Gewiß, den letztgenannten Frauen, die häufig durch Bedienungspersonal der Sorgen um die Häuslichkeit entbunden sind, die einen großen Teil ihrer freien Zeit in Geschäften zubringen, dort die Qualitäten und Preise vergleichen können, werden die preiswertesten Waren vorgelegt. Der auf die Pflege seiner Käufer eingestellte Verkäufer weiß, daß die besserstehende Frau eine kritischer veranlagte Kundin ist, als die Arbeiterfrau, die, geplagt durch die Arbeitslast in der eigenen Häuslichkeit, über wenig freie Zeit verfügt. Sie kauft sofort und baut darauf, daß der Verkäufer das Vertrauen nicht mißbraucht.

Und dann noch eins: Der Verkäufer soll dem Käufer ein Berater sein. Dazu gehört aber eine eingehende Warenkenntnis. Wer verfügt über sie? Bei der heutigen Ausbildung des Personals kann sie der Verkäufer gar nicht besitzen. Der ältere Verkäufer aber, der fachkundig genug ist, er verschwindet dank der Arbeitsverteilung, die die Inhaber unserer Einzelhandelsgeschäfte treiben, immer mehr. Der Verkäufer von heute fühlt sich nur als Beauftragter seines Chefs. Er muß dem Kunden Ware verkaufen, am besten die Ware, die den größten Nutzen bringt. Der Kunde aber läßt sich gewöhnlich beschwächen. Er läßt seine Ware durch den Verkäufer kaufen und bezahlt sie nur. Ein Verkäufer aber, der nicht nur seinem Chef, sondern der Wirtschaft dienen will, muß sich in erster Linie als Vermittler fühlen. In der kapitalistischen Gesellschaft wird das Ideal eines beratenden Verkäufers wohl niemals Wirklichkeit werden.

Die Wehremacht der Republik.

„Stolz weht die Flagge schwarzweissrot.“

Ein Leser schreibt uns: Am Sonntagmorgen zog das Bachkommando der Reichswehr vom Reichswehrministerium ab und spielte dabei den Marsch „Stolz weht die Flagge schwarzweissrot“. Ich machte den Offizier darauf aufmerksam, daß es gänzlich unangebracht sei, dieses Lied zu spielen, die Flagge der Republik sei schwarzrotgold. Sofort stürzte ein Mann auf mich zu und hielt mich fest, ein zweiter verlangte meine Papiere, die ich bereitwilligst geben wollte, als ein dritter Mann mit einem nachdrücklichen Schlag auf die Schulter eröffnete: „Sie sind verhaftet!“ Ich erklärte ihm, daß er nicht sein Recht hätte, worauf er mich am Arm mitzerrte. Ich wurde aufgefordert, mit der Truppe mitzumarschieren. Das lehnte ich ab, erklärte mich aber bereit, auf dem Bürgersteige mitzugehen. Um keine weiteren Unannehmlichkeiten zu haben, bat ich ihn, mich loszulassen und erklärte ihm, daß ich freiwillig mitgehen würde. Ich wurde durch den ganzen Tiergarten und Moabit nach der Kasernen-Artenstraße von drei Soldaten eskortiert, je einer rechts und links, einer hinter mir, mit Gewehr. In der Kaserne wurde ich auf der Wache abgeliefert und nach einiger Zeit dem diensttuenden Adjutanten des Wachregiments vorgeführt. Auf meine Frage, weshalb die Kapelle den Marsch „Stolz weht die Flagge schwarzweissrot“ spielte, erklärte mir der Adjutant, der Marsch sei ausdrücklich vom Reichswehrministerium genehmigt. Zu der Verhaftung erklärte er, daß der Offizier der Truppe selbstverständlich kein Recht gehabt hätte, mich zu verhaften. Die Verhandlungen mit dem Adjutanten spielten sich im Gegensatz zu den vorhergehenden Ereignissen in der siebenwöchentlichen und tonigsten Weise ab.

Die „Verhaftung“ zeigt, wie es in den Hirnen gewisser Reichswehrleute aussieht.

Ein ernstes Wort an die Republik!

Der jugendliche Hans Kaffert, der am Abend des 7. Januar in Charlottenburg von einem Böllischen durch Ausschlag schwer verletzt wurde, ist seinen schweren Verletzungen erlegen. Genosse August Bieler, Pfarrer an der Trinitatiskirche, schreibt uns dazu:

Hans Kaffert, der mit ein Opfer der Schießerei am Wilhelmplatz Charlottenburg geworden ist, war mir wohlbekannt. Er war vor 6 Jahren in meinem Konfirmandenunterricht. Sowohl im Unterricht wie später habe ich ihn gern gesehen. Sein frisches, natürliches Wesen, seine gefällige Art und die treuen Augen, aus denen etwas Unverdorbenes leuchtete, freuten mich. Als ich jetzt bei der Mutter war, um ihr die Hand zu drücken und sie zu fragen, ob ich ihr helfen könnte, sagte sie leuchtenden Auges: „Er traut nicht, er traut nicht, er hatte keine Waffe. Noch nicht mal ein Taschenmesser konnten sie bei ihm finden. Die anderen hatten Dolchmesser und Revolver.“ Ich weiß, wie er für die hübschende Mutter gefort hat, wie er sich zu Weihnachten freute, als die Mutter, die eine arme Arbeiterin ist, aus dem Krankenhaus kam. Seit im Krankenhaus, als ich bei ihm war, war seine einzige Bitte: Sagen Sie doch der Mutter, daß sie sich nicht sorgt. Das sagte er zum Abschied, nachdem ich gesagt hatte: „Aur Mut, du bist hier in guten Händen! Der Arzt hofft dich durchzubringen.“

Als ich zurück fuhr, um der Mutter den Gruß zu bestellen, fragte ich mich: Wußt das sein? Ich stand neulich an dem Grabe des erschossenen Reichsbannermannes Schulz auf dem Garnisonfriedhof Hofenheide, sprach vor einiger Zeit am Grabe eines erschossenen Reichsbannermannes in Friedenau. Beide waren friedliche Menschen, die nie einen Knabe etwas zuleide getan haben. Müßen bei uns die politischen Leidenschaften und Gegensätze mit Schußwaffen, Dolchmessern ausgetragen werden, und zwar so, daß eine bestimmte Gruppe über Waffen verfügt, fortgesetzt dadurch die Straßen unsicher macht, die Menschen bedrohen kann, während die Arbeiterschaft längst entwaffnet ist? Ist unsere Staatsgewalt nicht stark genug, alle zu entwaffnen und diejenigen, die wie Landstrolächer Schrecken und Mord auf die Straße tragen, in ihre Schranken zurück zu verweisen?

Die Gefahren des Großstadtverkehrs.

Der Zusammenstoß eines Autoomnibusses der Linie 19 mit einem Feuerwehrzuge, der sich nachts um 1 1/2 Uhr am 13. Mai 1926 in der Königstraße an der Kreuzung der Poststraße ereignete, und der das Hinterrad des Autoomnibusses zur Folge hatte, beschäftigte gestern in der Beratung nochmals die erste große Strafkammer des Landgerichts I. Das Schöffengericht hatte den Kraftwagenführer Leo Kautenberg an dem Unfall schuldig befunden und wegen fahrlässiger Körperverletzung, da 20 Insassen des Autoomnibusses mehr oder weniger schwer verletzt worden waren, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Angeklagte hatte Berufung eingelegt. Der zur Vorbereitung der neuen Hauptverhandlung vorgenommenen nächtliche Lokalkonferenz hatte infolgedessen ein dankenswertes Ergebnis, als eine schwere Gefahr im Berliner Verkehrsleben dadurch aufgedeckt worden ist. Es zeigte sich nämlich, daß selbst in der Nacht, bei größter Verkehrsstille die Klingelzeichen der Feuerwehr im Autobus nicht zu hören waren. Der Sachverständige, Diplomingenieur und Polizeihauptmann Engert, führte diesen Umstand darauf zurück, daß die Poststraße sehr schmal ist und zu beiden Seiten hohe Häuser hat, so daß der Schall wahrscheinlich nach oben geht und nicht nach vorn zur Königstraße. Der Vorsitzende äußerte dann auch, daß das ganz unübliche Zustände seien und es könnte jeden Augenblick wieder irgend ein Unglück geschehen. Der Sachverständige erwiderte dann auch darauf, daß bereits Besprechungen über eine Änderung im Signalwesen der Feuerwehr im Gange seien. Auch dem Staatsanwaltschaftsrat Langenberger blieb angeklagt des Gutachtens nichts anderes übrig, als sich dem Antrage auf Freisprechung anzuschließen. Die Strafkammer sprach dann auch demgemäß den Angeklagten frei.

Unter Anklage des Mordversuchs.

Die ungetreue Braut.

Traulose Gefinnung, wachsende Eifersucht und der unglückliche Revolver hatten wieder einmal bestimmend in das Schicksal eines Menschen eingegriffen. Weil er die Waffe gegen seine Braut, die es mit einem anderen hielt, richtete, mußte sich der Arbeiter Fritz St. vor den Schwörenden des Landgerichts I wegen versuchten Mordes verantworten.

St. war in Stortow in einer beschriebenen Stellung, die es gerade nur ihm selbst ermöglichte, sich recht und schlecht durchs Leben zu schlagen. Als er dann die Frieda W. kennen lernte, sich in sie verliebte, sich kurze Zeit darauf mit ihr verlobte, trug er doppelt schwer unter der drückenden Sorge seiner geringen Einkünfte. Um seine Braut bald heiraten zu können, wollte er unter allen Umständen mehr verdienen. Stortow bot ihm keine Gelegenheit dazu, also mußte und konnte es nur Berlin sein. Und als das junge Mädchen ihm nach hier folgte, nahmen beide bei der Schwester des Angeklagten, einer Frau R., ein gemeinsames Zimmer. Wie die Großstadt schon so manchen um seine Hoffnungen betrogen, so erging es auch St. Arbeit war nur schwer zu finden, das Koffergeld für das junge Paar eine schwere Last, die sich der Angeklagte aufgebürdet hatte. Streitigkeiten mit der Schwester, die langsame Erkenntnis, daß seine Braut sich allmählich immer mehr von ihm zu entfernen schien, drückten den weitrührenden und unbeholfenen St. immer mehr zu Boden. Seine aufrichtige Zuneigung zu seiner Braut fand keine Zuneigung mehr. Ein Photograph H. war an seine Stelle getreten und schien seine neuen Rechte ziemlich ungeniert geltend zu machen. Zweimal traf der Angeklagte sein Mädchen mit dem Nebenbuhler, verbat sich zunächst energisch diese Zusammenkünfte und verabschiedete dem H. beim zweitenmal mehrere kräftige Ohrfeigen. Trotzdem fand der neue Geliebte Einlaß in die Wohnung der Schwester des St. Frau R. machte ihrem Bruder davon keine Mitteilung. Das Verhältnis nahm dann sehr schnell seinen Lauf. Schon oft hatte St. die Absicht geäußert, einmal nur sich selbst, dann wieder auch seiner Braut das Leben zu nehmen. Er schrieb einen Abschiedsbrief an eine andere Schwester in Fürstenwalde, die mehr an dem Bruder zu hängen schien. Juvor hatte er ihr schon einen Besuch gemacht, um sie einmal wiederzusehen, hatte sich aber in Wahrheit einen kleinen Trommelrevolver gekauft, den er in Berlin ohne Waffenschein nicht erhalten konnte. Drei Tage und Nächte irrte St. dann umher. Als er schließlich bei seiner Schwester in der Berliner Wohnung wieder Einlaß begehrte, wurde ihm dieser verweigert. Frau R. schickte ihren Bruder auf dessen Frage nach seiner Braut nach dem Weddingplatz, wo er sie finden würde. Frieda W. war aber mit dem Photographen ausgegangen. Ein unglücklicher Zufall ließ sie die Wege des Angeklagten kreuzen. Wieder kam es zu unheimlichen Austritten, in deren Verlauf sich der Revolver in der Manteltasche des St. von selbst löste, aber wieder keinen Schaden anrichtete. H. mußte nochmals Ohrfeigen einstecken und gab dann Heringsgeld. Der Angeklagte suchte dann, scheinbar verfehlt, mit seiner Braut gemeinsam ein Lokal auf. Hier verließ ihn die W. aber wieder, ging in die Wohnung zurück und schloß sich ein. In ihrem Zimmer kam es dann zu der Katastrophe. St. verschaffte sich Einlaß, richtete noch einmal einige bittende Worte an seine Braut, wurde abermals abgewiesen und gab schließlich drei Schüsse auf das Mädchen ab, die sie an Hand und Schulter verletzten. Ungefährlich waren die Handverletzungen, während die Kugel im Oberarm stecken blieb und noch weitere Folgen nach sich ziehen kann. St. gab in der Verhandlung alles zu, wollte jedoch mit dem Schießen nur einen Dutzettel ausstecken haben. Der Staatsanwalt hielt versuchten Mord für vorliegend, die Selbstmordversuche des Angeklagten, seine Reize nach Fürstenwalde und ebenso die ganze Ausführung der Tat sprächen unbedingt für reifliche und sorgfältige Ermüdung und Ueberlegung. Er beantragte fünf Jahre Zuchthaus, ferner für das unbefugte Tragen einer Waffe, die zu Gewalttätigkeiten dienen sollte, ein weiteres Jahr Zuchthaus und bat um eine Gesamtstrafe von fünf Jahren und drei Monaten Zuchthaus, weiter sollten dem St. die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren abgesprochen werden.

Auch das Gericht nahm Vorschlag an, verneinte aber die Ueberlegung. Der Angeklagte wurde also nur des versuchten Totschlages für schuldig befunden und im übrigen zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren verurteilt, wovon drei Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt galten.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 2. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6 Uhr nachm.: Kammermusik von Haydn bis Schönberg. Havemann-Quartett: Prof. Gustav Havemann, 1. Violine; Georg Kniestadt, 2. Violine; Hans Mahla, Bratsche; Adolf Steiner, Cello. Mitwirkend: Rudolf Schmidt, Klavier. IX. Beethoven. 1. Sonate A-Dur, op. 47 (Kreutzer-Sonate), für Violine und Klavier; Adagio sostenuto — Presto — Andante con Variazioni — Finale; Presto (Prof. Gustav Havemann und Rudolf Schmidt). 2. Streichquartett Cis-Moll, op. 131: Adagio ma non troppo e molto espressivo — Allegro molto vivace — Allegro moderato — Andante ma non troppo e cantabile — Presto — Adagio quasi un poco Andante — Allegro. 8.45 Uhr abends: Stunde mit Blechem: „Nena Romana“; F. W. Bischoff: „Alter“; Paul Zech: „Das törichte Herz“ und „Die arme Johanna“. Eine neue Romanreihe (Georg Hirschfeld, Rudolf Huch, Hans v. Helsen, Emil Lucka): Kellermann: „Die Brüder Schellonberg“. 7.15 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule Bildungskurse, Abteilung Sprachunterricht. Englisch (R. Herdman Pender). 8—10 Uhr abends: Sendeispiele. Abteilung Operette. Leitung: Cornelia Bronzweat. Spielfeld 1925/26. 25. Veranstaltung. „Der Gauklerkönig“, Operette in drei Teilen von Jean Güherk. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. Der König: Paul Harden; Fürst Stehan; Fritz Greiner; Jolanta, seine Tochter: Edith Karin; Boris, sein Neffe, Adjutant des Königs: Bernhard Bötel; Maurus Strudel; Franz Groß; Sari, seine Tochter: Papi Zampa; Camillo; Paul Harden; Melitta; Bosona Brudsky (die letzteren vier sind Mitglieder einer wandernden Schauspielertruppe). Der Kammerherr, der Haushofmeister, der Verwalter, der Bürgermeister, Heffente, Offiziere, Soldaten, Schauspieler, Dorfleute, Diener. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik (Rapée Jazzinfoniker, Dirigent: Erno Rapée).

Königswusterhausen, Dienstag, den 2. Februar.

3—3.30 Uhr nachm.: Geh. Reg.-Rat Dr. Ministerialrat Kühne: Der innere Ausbau der Bergeschulen. 3.30—4 Uhr nachm.: Frau Mathas-Wimmermark: Schwedisch für Anfänger. 4—4.30 Uhr nachm.: Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. v. Soefeld: Die rechtlichen Grundlagen der Berufsschulen. 4.30—5 Uhr nachm.: Frl. Lili Drosscher: Die Frau als Erzieherin.

Die Grundwasserplage in Niederschönhausen.

Ein Sachverständigengutachten.

Die von nichtamtlicher Seite verbreiteten Meldungen über die Kellerüberflutungen in Niederschönhausen lassen immer noch die Frage offen, ob diese mit der im Juli 1922 vorgenommenen Stilllegung des kleinen Wasserwerks Niederschönhausen in Verbindung stehen. Die Berliner Städtische Wasserwerke A.G. vertritt den Standpunkt, daß dies nicht der Fall ist und stützt sich hierbei auf eine Reihe ganz unwiderleglicher Beweise. Als einer von diesen sei angeführt das im Jahre 1901 vor Erbauung des Wasserwerks im Auftrag der Gemeinde Niederschönhausen auf Grund vorangegangener hydrologischer Vorarbeiten erstattete Gutachten eines namhaften Wasserfachverständigen; er jagt:

„Dem hydrologischen Standpunkt aus zeigen die beiden erschlossenen Profile A B und C D die bemerkenswerte Tatsache, daß das Versuchsfeld zwei besonders entwickelte, voneinander durch undurchlässigen Ton getrennte Wasserstockwerke aufweist. Das obere Stockwerk, welches die Hochrunder der Umgebung mit Grundwasser speist, besteht aus ziemlich feinen Sanden und die Mächtigkeit der wasserführenden Schichten desselben beträgt im Durchschnitt etwa zwei bis drei Meter. Dieses obere Stockwerk kann als Wasserbezugsort schon infolge seiner geringen Mächtigkeit und in Ermangelung einer hinreichenden Schutzdeke gegen Verunreinigungen von der Erdoberfläche aus kaum in Frage kommen. Immerhin erscheint es erforderlich, durch Beobachtung festzustellen, ob dieses obere Stockwerk mit den unteren wasserführenden Lagen in hydraulischem Zusammenhang steht oder nicht. Die Feststellung dieser Tatsache ist infolgedessen von großer Tragweite, als im ersteren Falle die Gefahr vorhanden ist, daß das untere Wasserstockwerk vom oberen aus auf dem Wege der Kommunikation inaktiviert werden kann.“ Es werden sodann die zur Feststellung der Sachlage erforderlichen Vorrichtungen beschrieben und als Ergebnis der Beobachtungen und Messungen weiter folgende festgestellt: „Neben den bereits vorstehend erörterten hydraulischen Zusammenhängen zwischen dem oberen und dem unteren Stockwerk gibt das Spiegelverhalten von Beobachtungsrohr 1 b, welches auf Blatt 5 dargestellt ist, Aufschluß. Ein Vergleich seines Spiegelganges mit demjenigen von 1 a lehrt ohne weiteres, daß ein derartiger Zusammenhang kaum besteht, denn sonst müßte eine Uebereinstimmung im Spiegelgange beider in Erscheinung treten. Aus diesem Grunde bin ich der Ansicht, daß das untere Stockwerk vom oberen hydraulisch unabhängig ist und daß damit auch in hygienischer Beziehung keinerlei Einwand gegen den in Aussicht genommenen Wasserbezugsort erhoben werden kann.“

Auf Grund dieses Gutachtens ist dann das Wasserwerk gebaut worden. Die Erbauung hätte aus hygienischen Gründen nicht erfolgen können, wenn ein Zusammenhang zwischen dem oberen und dem unteren Wasserstockwerk festgestellt worden wäre. Es ergibt sich hieraus, daß alle auf der Voraussetzung eines Zusammenhanges zwischen den beiden Wasserstockwerken beruhenden Kombinationen irrtümlich sind.

Den Fürsorgezöglingen zur Ehrenrettung!

Was gilt die Ehre eines Fürsorgezögling? Hat der überhaupt so etwas, wie eine „Ehre“? Sind die Fürsorgezöglinge nicht „verwahrloste und verkommenen Jungen und Mädchen, die einmal nichts anderes als Verbrecher werden? Ach ja, einen Fürsorgezögling darf jeder, dem selber noch niemals nachgewiesen wurde, daß er vom rechten Wege abgewichen war, einen Lumpen und Verbrecher schimpfen! Gegen dieses leichtfertige Urteil über die Gesamtheit der Fürsorgezöglinge, dem man in weiten Kreisen der Bevölkerung immer noch begegnet, wachte sich in einer mit Vertretern der Presse veranstalteten Besprechung der Oberamtsratsrat Knaut, der Direktor des Erziehungswesens der Stadt Berlin. Er äußerte sich über eine Reihe Aufgaben, an deren Lösung die städtische Jugendwohlfahrtspflege herangehen muß, über Jugendnot und Jugendberater, über Homosexualität und Jugend, über Gefährdung der zugewanderten und erwerbslosen Jugend. Auf einige der von ihm berührten Fragen werden wir bei Gelegenheit zurückkommen. Heute wollen wir nur auf die von starker Herzenswärme erfüllten Ausführungen hinweisen, die Direktor Knaut den Fürsorgezöglingen zur Ehrenrettung widmete.

Eine Beleidigung und Verleumdung nannte Knaut das Gerücht, daß die Fürsorgezöglinge „meist Verbrecher“ seien. 25 Prozent der Kinder, die in Fürsorgeziehung kommen, haben ja überhaupt nichts „verbrochen“. Sie sind nur, weil die Eltern nichts taugen, zu ihrem Schutz in Fürsorgeziehung genommen worden. Die anderen 75 Prozent der Fürsorgezöglinge zeigten bei ihrer Ueberweisung zur Fürsorgeziehung schon selber Spuren der Verwahrlosung. Aber darf man sie deshalb „Verbrecher“ schelten? Die Hälfte dieser Kinder war in Familien aufgewachsen, denen der Vater oder die Mutter fehlte. Sind solche Kinder nicht besonderer Verwahrlosungsgefahr ausgesetzt? Und kann man bei der Zusammenpflanzung großer Familien in engen Wohnungen sich über die Folgen wundern? Hier diese Kinder als „Verbrecher“ beschimpft, der handelt — sagte Direktor Knaut in zornigem Elter — selber wie ein Verbrecher! Auch das ist Gerücht von Unwissenden, daß die Jungen und Mädchen in der Fürsorgeziehung „nur schlechter werden“. Da, wenn einmal ein früherer Fürsorgezögling bei einer schweren Gefesoresierung betroffen wird, dann stellt man fest: „ein früherer Fürsorgezögling“. Aber von den Fürsorgezöglingen, die gut geraten sind, erfährt kein Mensch. Ermittlungen aus einem längeren Zeitraum haben ergeben, daß 70 Prozent der aus der Fürsorgeziehung Entlassenen das geworden sind, was man einen „ordentlichen Menschen“ zu nennen pflegt. Unter den wegen „Unzucht“ in Fürsorgeziehung genommenen Mädchen waren 62 Prozent, die man als ehrbare Hausfrauen wiederfand.

Direktor Knaut besaßte auch das Vorurteil, das gegenüber der Anstaltsziehung immer noch herrscht. Die Anstalten werden für die angeblichen Mißerfolge ganz besonders verantwortlich gemacht. Aber die wenigsten dieser Kinder werden in Anstalten erziehen, die meisten sind in fremden Familien untergebracht oder schon in Lehr- oder Dienststellen, wo sie Wohnung und Beförderung beim Arbeitgeber haben. Wichtig ist nur, daß die meisten, etwa 80 Prozent, zunächst für einige Zeit in Anstalten untergebracht werden, damit man durch Beobachtung feststellen kann, ob sie fortwährend Anstaltsziehung bedürfen oder sich zur Unterbringung in Familienpflege eignen. In Preußen gibt es zurzeit 70.000 Fürsorgezöglinge, wovon 10.000 auf Berlin entfallen. Schon aus diesen Zahlen ist bei dem bekannten Mangel an Anstalten zu schließen, daß die Anstaltsziehung nur wenig beteiligt sein kann.

Es gibt wieder Hammelfleisch.

Die Berliner Hammelgroßschlächter hatten bekanntlich über den Berliner Schlachtviehmarkt einen Hammeleisatzvertrag, da die Zahl der dem Berliner Schlachtviehmarkt zugeführten trächtigen Tiere so überhand genommen hatte, daß die Viehzucht selber nicht mehr den Engroschlächter wie der konsumierenden Bevölkerung ein beträchtlicher wirtschaftlicher Schaden entstand. Nach etwa 14wöchiger Dauer des Bonfatts ist nun, wie die „Allgemeine Pflanzler-Zeitung“ meldet, zwischen dem Interessenverband der Großschlächtervereine Berlins einerseits und den Viehhändlerorganisationen andererseits eine dahingehende Vereinbarung getroffen worden, daß zum Ausgleich für die Trachten Schäden bei allen Käufen an Schafvieh in Berlin bei Zahlung der Rechnung 10 Pf. pro Stück Schafvieh abgezogen werden. Die Vereinbarung tritt sofort in Kraft, so daß bereits von morgen, Dienstag, ab Hammelfleisch wieder überall in den Berliner Fleischläden erhältlich sein wird. Es ist zu hoffen, daß diese Regelung auch zu einer Verminderung des der Viehzucht feindlichen Auftriebes am trächtigen Schafvieh führt.

Diplomatenbeamtenpeter Paul Kade hält am Donnerstag, 4. Februar, 6 Uhr, im Hotel 6 der Dannebergstraße, 6. Stockwerk, 62. einen Nachbesprechungs-„Jazz- und Billardabend“. Kostenloser Eintritt.

Arbeiter Sport

Ein Museum für Leibesübungen.

Im Apothekenflügel des Schlosses in Berlin, hoch oben im letzten Stockwerk wird ein großes Wert im Interesse des Sports vorbereitet.

Alle Treppen mit dünnem Geländer führen von einem Lichtschacht herum in die Höhe, vorbei an einer „Königlichen Schlossbibliothek“ und an einem „Platz für den Posten am Eingang zum Schweizeraal“. Trotz Revolution und Wohnungsaufgabe durch den letzten Hausinhaber, trotz Verwaltung durch eine republikanische Behörde befällt hier den Besucher immer noch die Stille alter Burgen und Schlösser mit ihrem herrlicher und Schranzengum. In diesem Willen hat sich die Geschäftsstelle des „Museums für Leibesübungen“ aufgetan. Hat hier der Zufall ein neues Spiel getrieben? Gebäude, Treppen, Türhilder sind noch Zeugen vergangener Zeiten. Das neue, im Entschieden begriffene Museum aber ist der Geist des Neuen, Lebendigen.

Den Grundstock des Museums bilden die Sammlungen des Sporthistorikers Lindt. Durch seine Bemühungen ist es gelungen, die großen Sportverbände, darunter auch die Zentralkommission für Sport und Körperpflege, für das Unternehmen zu interessieren. Im Juli vorigen Jahres hat sich ein Verein „Museum für Leibesübungen“ gebildet. Der preussische Staat hat sich insofern einen gewissen Einfluss gesichert, als er sogleich nach dem ersten Vorhaben zu ernennen hat. In einem Rundschreiben wandte sich der Wohlfahrtsminister an die Kreisregierungsstellen und ersuchte um weitgehende Unterstützung der Bestrebungen des Vereins. Der Minister sagte in seinem Erlaß:

„Gelingt es, die Sammlungen des Vereins so zu gestalten und auszubauen, daß sie einen wirklichen Ueberblick über die gesamte Entwicklung der Leibesübungen und der zu ihrer Pflege dienenden Hilfsmittel gewähren, so werden aus ihnen nicht nur die Sportler, Turner, Wanderer selbst, sowie ihre Förderer, die staatlichen und kommunalen Behörden, Anregungen schöpfen können, sondern es wird überhaupt das Interesse an den Leibesübungen im Volke stark gefördert werden. Hiernach scheint es erwünscht, die Mitgliederwerbung des Vereins zu unterstützen, sowie seinen Sammlungen geeignete Stände, z. B. Modelle, Zeichnungen, Pläne von Turn- und Sportplätzen, Lichtbilder vom Betrieb der Leibesübungen in den einzelnen Städten, auf Turnen, Sport, Spiel usw. bezügliche Kunstgegenstände und Geräte, Bücher und Schriften, Reproduktionen, Plakate, Doppelseiten, Presse, Plakette, Chronikurkunden, statistisches Material, Aktienmaterial und dergleichen zur Verfügung zu stellen.“

Die Stadt Berlin ist durch den Direktor des Jugendamtes, Obermagistratsrat Häufiger, im Vorstand vertreten.

Damit ist also die Unterstützung der Behörden gesichert. Das Finanzministerium hat der Geschäftsstelle Räume des früheren Schlosses zur Verfügung gestellt, in denen gegenwärtig die vorbereitenden Arbeiten erledigt werden und später das Museum errichtet wird. Für die Fortentwicklung der Leibesübungen in jeder Form wird das Museum, opferwillige Mitarbeit aller Beteiligten vorausgesetzt, von größtem Wert sein. An dem anstehenden modernen Ausstellungsmaterial werden unsere Sportler studieren und lernen können. Sie werden die Grundzüge der Sportklassiker Griechenlands, wie auch die Methoden moderner Sporttänzer kennen lernen und auf ihre Brauchbarkeit für unseren Sportbetrieb prüfen.

So ist im Zusammenarbeiten aller Gutes und Förderliches für den Sport zu erwarten.

„Freie Schwimmer“ oder APD-Filiale?

Eine Warnung für andere.

Die im nachfolgenden behandelten Vorgänge bei den „Freien Schwimmern Charlottenburg 04. e. V.“ sind ein Vorbild für alle, die im kommunistischen Arbeiterportverein anzuwenden wünschen.

Im November 1924 konnten wir in einem Bericht über ein Jubiläumsschwimmfest der Freien Schwimmer Charlottenburg e. V. auf die Verdienste hinweisen, die sich dieser Verein in den 20 Jahren seines Bestehens um die sportliche Betätigung der Arbeiterschaft des Berliner Westens erworben hat.

Unter der Leitung sportlich bewandelter Leute, die neben ihrer Tätigkeit im Verein in Partei und Gewerkschaft ihren Mann standen, wurden tüchtige Schwimmer beiderlei Geschlechts herangebildet. Im internen Vereinsleben blühte der notwendige freundschaftlich-gesellschaftliche Geist, ohne den ein Körperkulturverein nicht lebendig bleiben kann. Am vergangenen Sonntag hat dieser Verein seine Generalversammlung abgehalten. Im Berichtsjahr hat im Verein eine umfangreiche Tätigkeit solcher Weise eingeleitet, die politisch bei den Kommunisten organisiert sind oder sich einbilden, Kommunisten zu sein. Unter der Führung von jungen Bürgerjungen, die in ihrer Sturm- und Drangperiode zufällig nach links gefallen sind, sie könnten ebensogut auch bei den Hafentrosslern sein, unter der „geistigen“ Leitung von Gewerbetreibenden, die erst darauf aufmerksam gemacht werden mußten, daß die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer reaktionären Arbeitervereinsvereinigung und in einem Arbeiterportverein schwer vereinbar ist, besonders wenn man sich so revolutionär gebärdet, und unter Vorantritt einiger anderer „Sportgenossen“, die nicht die geringsten inneren Beziehungen zur Arbeiterbewegung haben, wurden nun „die Arbeiten aufgenommen“. Die Verbindung mit der APD-Zentrale in der Münzstraße war bald hergestellt. Einladungen zu Fraktionsstunden und Vereinsberichten an die Parteizentrale liefen hin und her, die Drahtzieher betrachteten sich ganz als ausübendes Werkzeug der kommunistischen Partei. In der Generalversammlung mußten die herrschenden nicht nur das zugeben, sondern es konnte ihnen auch bewiesen werden, daß sie Mitgliederlisten nach der Parteizugehörigkeit gliedern und auf der Lichtprotokollung in den Arbeitervereinsvereinen. Die Gesellschaft wußte, daß die Jugend und die Frauen am leichtesten zu beeinflussen sind. Deshalb drängten sie sich an diese heran, markierten bei den Frauen die konventionellen Biedermeister und hielten bei der Jugend Vorträge, allerdings in einem geistigen Format, daß selbst die Jugend den Kopf herausmerkte und den Leuten empfahl, zu Hause noch ein wenig zu lernen. Das Gloszblatt auf der Generalversammlung war eine Flaggenänderung. Das rote FSC auf weißem Tuch gemalt nicht mehr, es sollte goldene Schrift und rotes Tuch sein. Alle Hinweise darauf, daß ein Flaggenwechsel nur vorgenommen wird, wenn der Flaggenführende am Ende seines Latzins ist, nützte nichts. Die Leute haben eben im Farbenwechsel eine so große Übung, daß sie diesen Sport auch noch im Schwimmverein einführten. Bemerkenswert ist, daß kein Wort über die technische Seite des Schwimmbetriebes gesprochen wurde. Nach den Aufzeichnungen der Redner ist das eine Angelegenheit für „verkalte“ Arbeiterportler. Abgelehnt wurde von den Kommunisten auch ein Antrag, der eine einjährige Mitgliedschaft im Verein und politische und gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit als Vorbedingung für Vorstandswahlmitglieder haben sollte. Man war so revolutionär, die eine oder die andere Bedingung als ausstehend anzusetzen. Bei der nächsten Generalversammlung genügt es sicher, wenn jemand aus „Ueberzeugung unorganisiert“ ist.

Unter großem Tumult ging die Generalversammlung zu Ende. Die Vorstandsposten wurden vorchristlichmäßig mit Kommunisten besetzt, und nun wird der Sportbetrieb bei den Freien Schwimmern von Leuten geleitet, die ihre Baderhöfe kaum jemals nach gemacht haben, geschweige denn schwimmen können.

Wenn diese Rauhhelden und Postenjäger an der praktischen Arbeit geübt sind, wird von dem stolzen Verein nur noch ein Häuflein Schwächer übrig sein, die da glauben zu schieben und schließlich merken müssen, daß sie die dünnen, walfährigen Trabanten von Verbrechern an der Arbeiterschaft waren.

Vom Regeln.

Das Regeln, heute als eine spielfürgerliche Sportsübung ungerichtetweise verfahren, galt einmal als Hazardspiel, nicht das Spiel selbst, aber es hat den Anlaß, hohe Betten für die einzelnen Parteien abzuschließen, besonders als die Wägen noch eifrige Regelbrüder waren. Manah einer vector dabei seine Burg und seine Besitzungen. Es wurde so wild gewettet, daß König Karl V. von Frankreich am Ende des vierzehnten Jahrhunderts bei hoher Strafe das Spiel verbot.

Aber trotz dieses Verbotes — andere folgten bald in den Nachbarstaaten — behauptete sich das Spiel, gewann an Ausdehnung und Beliebtheit, und bereits am Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts bestanden lokale Regellubs, die sich in Deutschland 1885 zum „Deutschen Reglerbund“ in Dresden zusammenschlossen. Der Ursprung des Spiels ist nicht genau festzustellen. Jedenfalls wird es bereits in frühmittelalterlichen Epen erwähnt, manche glauben, es sei germanischen Ursprungs, andere nehmen an, es komme aus der ältesten christlichen Zeit und sei in den Mittelmeerländern oder in Kleinasien entstanden. Nach dieser Fassung sollten die Regel die alten Dämonen vorstellen, nach denen Knaben mit Köpfen und Augen waren, in manchen Gegenden sind übrigens heute noch die Regel mit alten Götternamen, wie Jupiter usw., besetzt. Gleichfalls lagten Endes, wo der Ursprung des Regels zu suchen ist, es bleibt eines der ältesten Unterhaltungsspiele der abendlichen Menschheit.

Heute, in der Zeit des Freizeitsports, muß festgestellt werden, daß das Regeln als sportliche Betätigung kaum ernst genommen wird, trotzdem auch hier große Wettkämpfe abgehalten werden und trotzdem in dem Spiel Verstecken, die zu leicht übersehen werden. Vielleicht liegt es an vielen Reglern selbst, daß eine derartige Aufstellung Platz greifen konnte, denn nur verhältnismäßig wenige wollen das sportliche Moment beim Regeln betont wissen, sie lieben mehr das Drum und Dran und scheuen vielleicht auch das disziplinierte Training. Manche Regler betonen mehr als die Hälfte ihrer Wägen aus den Reihen dieser Bierregler, immer wieder machte man sich über diesen Tap Luftig. Das Ganze stellte sich dar als eine hiebere Vereinsmeierei, in der die begüterten Honoratioren die größte Rolle spielten. Immer schüttelten die einflussreichen Elemente die Köpfe darüber, und schließlich kam es im Winter 1922 zum Bruch, die Sportfreunde schlossen sich in dem „Freien Reglerbund Deutschlands“ zusammen, während die anderen weiter „feierten“. Immer wieder ist es notwendig zu betonen, daß das Regeln ein Sport ist mit allen Risiken, die jeder Sport an seine Anhänger stellt, eine ernste Angelegenheit und keine bloße Spielerei, und wie jeder Sport fähigt auch das Regeln die Körperkräfte und Diszipliniertheit der Menschen. Wertmäßig ist es, daß gerade die elementare Voraussetzung des Trainings beim Regeln so oft übersehen wird, es ist so, als ob man glaubt, die Vorbeeren seien mühelos in den Schah.

Wenn ein Regler bei einem Großkampfspiel verfaßt, ist er eher geneigt, die Schuld auf die Bahn oder auf die Kugel zu schieben, als auf sich selbst, ein Verhalten, das beim Freizeitsport weniger gebräuchlich ist. Wer wirklich ernstlich befreit ist, im Kampf sein Bestes zu geben, muß lange Zeit vor der Entscheidung trainieren, muß selbst bei diesen Übungsstunden zu arbeiten, als ob er um einen Preis kämpfe, muß jede Kugel fleißig behandeln und muß aus seinen Fehlleistungen zu lernen versuchen. Dies alles sind aber Selbstverständlichkeiten, die jeder von vornherein beachten mußte. Die Spielregeln sind im allgemeinen bekannt. — Es ist zu begrüßen, daß auch das Regelspiel in den Kreis des Arbeiterports einbezogen worden ist.

Der Bundestag des Deutschen Arbeiter-Reglerbundes in Halle nahm eine Entschließung an, in der erklärt wird, daß die Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Reglerbundes jetzt auf dem Boden der Arbeiterportbewegung stehen und bereit sind, für die Ziele des Arbeiterportorganisations in Reich und Glied mit den Arbeiterportorganisations zu kämpfen. Der Bundestag fordert aber die 34. und die Kartelle auf, dem Reglerport in Zukunft mehr Beachtung zu schenken. — Der Eid des Bundes wurde nach Mecklenburg in Sachen verlegt. Vorsitzender ist: Albert Hartung, Mecklenburg in Sachen, Mariannenstr. 10b.

Fußballergebnisse vom 31. Januar.

Am Sonntag herrschte wieder Hochbetrieb im Fußballsport. Wader 20 fertigte die Bernauer mit 7:2 ab. Teutonia gewann gegen Helvetia knapp 1:0. Rostfische wollten anscheinend die Niederlage vom letzten Sonntag wieder weit machen und schlugen die Pantower Turner mit 13:1. Das Drisderby Pantow 06 gegen Union mußte wegen Spielfähigkeit des Platzes ausfallen. Fichte-Nord vermochte den Siegeslauf von Germania durch ein unentschieden 4:4 aufzuhalten. Fichte-Bundesbrunnen holte sich von Rothenow mit 5:1 die Punkte. Sportverein 22 mußte an Amateure mit 9:1 den Sieg abtreten. Siemensstadt vermochte gegen Birkenwerder nur knapp mit 2:1 zu siegen. Im Ostern gewann Stralau trotz erloschener Rannschicht gegen Fichte-Südost mit 7:1. Luftig-Fidel trat gegen Trepotow nur mit 7 Mann an und verlor so das Spiel. Al-Oliemide konnte sich gegen Frisch-Frei nicht behaupten und verlor mit 1:3. Adlershof mußte an Oberspre einen Punkt abgeben. (0:0) Nur knapp gewann Verein für Bewegungsspiele gegen Merkur mit 2:1. Mit demselben Resultat trennen sich Lichtenberg II und Berliner Sportverein 22. Hertha hatte in Neuenhagen keinen Gegner und gewann 5:1. Bornwärts vermochte Weihenies mit 6:2 zu schlagen. Lasmonia schickte Berliner Sportverein 16 mit 5:2 geschlagen nach Haus. Das Hauptspiel der Abteilung C konnte Lichtenberg III gegen Askonia mit 6:1 für sich entscheiden. Lichtenberg I holte sich von Friedrichshagen mit 5:1 die Punkte. Hoch schlug der Bundesneuling Eintracht die Weihenies Germania mit 10:0. Im Südwesten fertigte Woltersdorf mit 4:3 Berolina ab. Zehlendorf konnte gegen Reußlich nicht erfolgreich sein und verlor 0:2. Kreuzberg gewann gegen Lindenwäde I mit 4:2. Rüstig-Bornwärts schlug den Kolonnenburger Sportverein hoch mit 12:2. Lindenwäde II schickte die Charlottenburger mit 6:1 geschlagen nach Haus. Reußlicher Ballspielklub mußte von Trebbin mit 2:3 geschlagen die Heimreihe antreten. Schmargendorf legte Fußballring mit 3:0 hinein.

Dresdner Sportverein gewann das Kreismeisterschaftsspiel gegen Leipzig-Städteritz mit dem hohen Resultat von 6:1.

Wenn zwei dasselbe tun... Die „Rote Fahne“ vom 28. Januar bringt die Katz eines „Arbeiterportlers“. Darin wird der Arbeiter-Samariter-Kolonie Reindendorfer der Vorwurf gemacht, daß sie auf dem Sportplatz Scharnweberstraße die Woche auch dann besetzt, wenn bürgerliche Sportler auf dem Plage sind. Weiter wird das „sozialistische Bezirksamt“ verdächtigt, durch die Hergabe der Räume absichtlich einen Keil in die Arbeiterportorganisationen zu treiben (1). Wir können der „Roten Fahne“ verraten, daß auf dem Sportplatz zur Einfamen Doppel seit zwei Jahren vom „Proletarischen Gesundheitsdienst“ eine Woche unterhalten wird, die täglich besetzt wird, auch wenn bürgerliche Sportler auf dem Plage sind!

Arbeiterwintersport in Schreiberhau.

Am vergangenen Sonntag fanden die Veranstaltungen des Arbeiterturn- und Sportvereins Schreiberhau bei guter Schneelage statt. Für die Rodelwettkämpfe starteten über 50 Sportler, die in vier Klassen einzuteilen waren. Es wurden sehr günstige Zeiten erzielt. Zum Ski-Langlauf starteten in drei Klassen etwa 40 Läufer, auch hier ermöglichte die gute Schneelage günstige Zeiten. In der Sprungchanze auf der Neuen Schlesienschen Baude fanden sich über 20 Wettkämpfer zum Sprunglauf ein. Die nicht günstige Schneelage an der Schanze gestatteten nur Sprünge von etwa 15—18 Metern. Die Durchorganisation der Veranstaltungen war wie gewöhnlich ausgezeichnet und eine gute Vorbedeutung für das Bezirkswintersportfest am 6. und 7. Februar in Schreiberhau. Damit möge in Erinnerung gebracht sein, daß der Festbeitrag mit 30 bis 60 Pf. äußerst niedrig gehalten und ein Uebernachten in Privatquartier bei vorheriger Bestellung und Bezahlung nur 60 Pf. kostet. Wettkampfteilnehmer und Besucher müssen sich schnellstens anmelden beim Genossen Pflug, Schreiberhau, Telephon 212. Das seit längerer Zeit bestehende gute Winterwetter in Schreiberhau läßt erwarten, daß das Bezirkswintersportfest gut durchgeführt werden kann.

Leichtathletische Höchstleistungen der Finnen.

Im vergangenen Sommer wurden von den finnischen Arbeiterportlern folgende Höchstleistungen in der Leichtathletik erzielt: 100 Meter: 20 Meter; 200 Meter: 45,80; 400 Meter: 1:25,54; 800 Meter: 3:15,6; 1000 Meter: 14:54,9; 20 Kilometer: 1:25:54,9; 400-Meter-Hürdenlauf: 1:15,9; 4x100-Meter-Staffette: Kullervo 44; 4x400-Meter: Kullervo 3:30,6; 5x1000-Meter: Jyry 14:41,7; 4x1500-Meter: Jyry 17:14; Weitsprung: Eihonen 6,96 Meter; Hochsprung: Eihonen 1,65 Meter; Weitsprung ohne Anlauf: Vuorenmaa 3,24 Meter; Dreisprung ohne Anlauf: Vuorenmaa 9,68 Meter; Kugelstoßen: Korpi 13,66 Meter.

Zusammenfluß der Arbeiterportler im 12. Verwaltungsbezirk. Im 12. Bezirk haben sich nachstehende sämtlich dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angeschlossene Vereine: Freie Turnerstaffel Steglitz, Turnverein Froh und Frei, Lichterfelde, e. V., Freie Schwimmer Steglitz-Lichterfelde, e. V., Fußballabteilung der Fr. L. Steglitz Freie Turnerschaft Pantow, zu einem großen zentralen Verein zu einer Gesamtmitgliedszahl von rund 600 zusammengeschlossen. Der neue Verein führt den Namen Freier Sportverein Berlin XII und hat drei Turn- und zwei Schwimmabteilungen sowie eine Fußballabteilung. Infolge seiner Ausdehnung über den ganzen Bezirk dürfte sich der Verein, dessen Vorsitz Alfred Hoffmann, Lichterfelde, Ringstraße 49, führt, ständig weiter ausbreiten und verstärken.

Die Photogemeinschaft des Touristenvereins der Naturfreunde. Zentrale Wien, veranstaltete am Sonnabend und Sonntag als 5. Jahrestag des Bestehens eine Ausstellung von photographischen Aufnahmen ihrer Mitglieder. Die gezeigten Abbildungen zeigten großen Arbeitsernst, trefflicheres Erfassen des Objekts, zum großen Teil sogar eine künstlerische Auffassung und Ausföhrung. Freunde dieses „Ergänzungssports“ zum Wandern wenden sich an Freidel, Hochstraße 8.

Eine Ruderabteilung für Lehrlinge.

Nicht nur die Freude am demontierten Spiel führt unsere Jugend zum Sport, sondern auch die Erkenntnis, daß der junge Mensch, der sich in den verschiedenen Lebenskämpfen bewährt, einen Ausweg schaffen muß für Körper und Geist, besonders bei einseitigen Berufsarbeit. Maniafalia und über inhaltlichen Erziehungsmitteln sind die Sportarten, welche der Jugend hierfür zur Verfügung stehen. Die Arbeiter-Rudervereine haben bisher von der Gründung ihrer Rudervereine keinen Gebrauch gemacht. Einzigartig war es aus materiellen Gründen unüberwindlich, andererseits aber auch ein Teil der Arbeiterbewegung auf dem Gebiet des Wassersports. In Berlin und im Umkreis eine ganze Anzahl Rudervereine, die nicht nur die Arbeiterbewegung, sondern auch die Jugendbewegung in ihrem Interesse haben. In Berlin und im Umkreis eine ganze Anzahl Rudervereine, die nicht nur die Arbeiterbewegung, sondern auch die Jugendbewegung in ihrem Interesse haben. In Berlin und im Umkreis eine ganze Anzahl Rudervereine, die nicht nur die Arbeiterbewegung, sondern auch die Jugendbewegung in ihrem Interesse haben.

Einzelne Sportler. 17. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk.

Einzelne Sportler. 17. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk.

Einzelne Sportler. 17. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk.

Einzelne Sportler. 17. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk.

Einzelne Sportler. 17. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk.

Einzelne Sportler. 17. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk.

Einzelne Sportler. 17. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk.

Einzelne Sportler. 17. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk.

Einzelne Sportler. 17. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk.

Einzelne Sportler. 17. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk.

Einzelne Sportler. 17. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk.

Einzelne Sportler. 17. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk.

Einzelne Sportler. 17. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk.

Einzelne Sportler. 17. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk.

Einzelne Sportler. 17. Bezirk. Infolge Frostwetteraussetzes zur Schwimmabteilung, doch im nächsten Schwimmfest August 1924, e. V., und im Sport-Club 2000 e. V. im 12. Bezirk.

Übler Mundgeruch

wird ab-
Hohle,
Schilich
gefährliche
Jähne
entstehen das schädliche Kräfte. Welche Schönheitsfehler werden sofort in voll-
kommen ungeschicklicher Weise beseitigt durch die Zahnpaste Chlorodont.

Gemeinwirtschaft im Bankwesen.

Der Abschluß der deutschen Girozentrale. — Eine Niederlage der Privatbanken.

Der gegen früher stark verringerte Geschäftsumfang der deutschen Wirtschaft hat seit der Stabilisierung der Währung zu einem schmerzlichen Ringen zwischen den öffentlichen und privaten Banken geführt. Im September 1925 schwenkte der 6. allgemeine Bankertag von den Privatbanken unter Führung der Großbanken der Generalangriff gegen den deutschen Sparfassen- und Giroverband. Im September 1925 schwenkte der Reichsverband der deutschen Industrie als Hilfstruppe in diesen Generalangriff ein. Mit unrichtigen Statistiken über die Ausdehnung der Sparfassen und unter Aufbauschung der tatsächlich minimalen Verluste der Sparfassen aus dem Kreditgeschäft (Girozentralen München und Königsberg, noch nicht 20 Millionen bei 2 Milliarden Geschäft) wurde schamlos der Abbrosselung jeder bankmäßigen Tätigkeit der Sparfassen und der Girozentralen durch Befehlgebung und den Steuerfiskus verlangt. Der Bankertag war aufrichtig genug, sein Kampfprogramm mit der Angst um die eigene Rentabilität zu begründen. Er stellte bewußt das Verdienen an der Volkswirtschaft über den Dienst an der Volkswirtschaft; denn an Beweisen für die Schädlichkeit der Bankgeschäfte der Sparfassen und Girozentralen und für die größere Richtigkeit der Privatbanken für die Gesamtwirtschaft hat er außer allgemeinen Behauptungen nicht das Mindeste beigebracht.

Die Sonderstellung der Sparfassen.

Man dürfte angesichts dieses Kampfes dem Abschluß der Zentralbank der 3000 deutschen Sparfassen, ihrer Girozentralen und der 60 selbständigen Kommunalbanken mit berechtigter Spannung entgegensehen. Das um so mehr, als bekannt ist, daß der Tätigkeit des Deutschen Sparfassen- und Giroverbandes nicht nur von den Privatbanken, sondern auch von der Reichsbank, der Seehandlung und mancherlei Reichs- und Landesbehörden die größten Schwierigkeiten bereitet würden. Während die Privatbanken fast die gesamten neuen Kautentkredite seit der Stabilisierung von der Reichsbank zugewiesen erhielten, gingen die öffentlichen Banken bis auf ganz minimale Splitter leer aus und waren ganz auf die eigene Kraft angewiesen. Von den Girozentralen honorierte Warenwechsel sind heute noch nicht reichhaltig. In der Vermittlung von Auslandskrediten haben die privaten Großbanken noch heute praktisch das Monopol. In der Beschaffung von Auslandskrediten für die Kommunen haben Reichsbank und Beratungsstelle die Girozentrale systematisch gehemmt. Dazu kam die Steuerzelle des vorletzten Luther-Kabinetts, der die Sparfassen und Girozentralen nur dadurch ausweichen konnten, daß sie die erzielten Reingewinne von diesem Jahre ab wohltätigen Zwecken zuführen. Auf der anderen Seite sind die Sparfassen- und Girozentralen gerade auf die teuren Bankgeschäfte angewiesen. Sie bedienen die kleine und allerfeinste Kundschaft an den 8000 Filialen, auf denen sie arbeiten. Für die minimalsten Kreditdienste und Abschlässe haben sie dieselben Kosten wie die Privatbanken für die größten. Dazu sind sie gezwungen, höhere Zinssätze zu gewähren und niedrigere Zinssätze zu nehmen. Das gilt gegenüber dem Sparer und dem gewöhnlichen Mittelstand, wie ganz besonders gegenüber den Kommunen. Die Zinsspanne, aus der sie ihre Kosten decken müssen, ist durch die Natur ihrer Geschäfte geringer als die der Privatbanken, denen durch die bisherige Diskontpolitik der Reichsbank ein fast unbefränktes Zins- und Provisionsmonopol garantiert ist. Endlich sind den Geschäften der Sparfassen und Girozentralen gesetzliche Schranken gezogen, sowohl für ihren Tätigkeitstreis überhaupt, als auch für die Kapitalanlage im besonderen.

Die Leistungen.

Dieser außerordentlichen schwierigen Situation gegenüber ist das Ergebnis der Tätigkeit der Sparfassen- und Giroverbandes und seiner Zentralbank, der deutschen Girozentrale, geradezu glänzend zu nennen. Das Bewußtsein, der Gesamtwirtschaft dienen zu müssen, auch zum Nachteil des eigenen Gewinns, findet in den Geschäftsberichten des Verbandes und seiner Zentralbank sowie in den Ziffern der Abschlußbilanz einen Ausdruck, der für die Privatbanken und die Großbanken auf eine schwere Niederlage in ihrem Kampf gegen die öffentlichen Bankanstalten hinweist. Dem Prinzip der Großbanken, Konzentration und größtmöglicher Profit, ist in starkem Selbstbewußtsein das Prinzip der Zentralbank der Sparfassen und Kommunalbanken gegenübergestellt: Dezentralisation und Gemeinnützigkeit. Noch stärker als bisher sind die an den kleinsten Orten tätigen Sparfassen als Kapitalansammlungs- und Kreditverteilungsstelle zur Grundlage der gesamten Organisation gemacht. Noch nachdrücklicher wird der Grundgedanke unterstrichen, der den Sparfassen und ihren Verbänden die Ueberlegenheit gegenüber den Depositenbanken der Großbanken sichert. Erstere gleichen in den Giroverbänden und -zentralen nur die Spitzen aus, die Gelder aber leiten sie wieder reiflos denjenigen Kreisen zu, aus denen sie gekommen sind. Dabei hat die kostensparende Vereinfachung und Rationalisierung der Bankgeschäfte und der Organisation, sowie die betriebliche Zusammenfassung aller Kräfte einen weitreichenden Ausbau erfahren. Durch den Beitritt der beiden westlichen Landesbanken (Landesbanken der Rheinprovinz und von Westfalen im Mai 1925) und den bald erfolgenden Beitritt der Rostocker Landesbank und der Landesbank der Provinz wird der Ring der kommunalen Geldanstalten aller preussischen Provinzen geschlossen. Die einheitliche Zusammenfassung des gesamten kommunalen Bankwesens steht zu erwarten; ein Schritt, zu dem die Privatbanken absolut unfähig sind. Für die Liquidhaltung der Sparfassen wurde der einheitliche Grundlag aufgestellt, daß mindestens 15 bis 20 Proz. der Aktiven bei den Girozentralen oder Landesbanken flüssig zu halten sind. Noch bedeutungsvoller sind andere Fortschritte: Das gesamte Revisionswesen wurde beim Sparfassenausschuß des Verbandes zentralisiert; durch Erlass vom 31. Dezember 1925 wurde dem Verband das Recht der unver-

muteten Sparfassenrevision übertragen, was in einzigartiger Weise dem öffentlichen Bankwesen und seinen Kunden

neue Garantien sorgfältiger Geschäftsführung

gewährleistet. Zum reibungslosen Zusammenarbeiten mit den Genossenschaften und ihren Verbänden wurde zur Klärung und Erledigung aller Streitfragen eine Schlichtungsstelle geschaffen; ein weiterer Schritt zur verwaltungsmäßigen Durchorganisation des öffentlichen Bankwesens.

Die lang- und kurzfristigen Kredite

der Sparfassen und Giroverbände an die Wirtschaft sind außerordentlich gewachsen. Nach unseren Informationen haben sie trotz aller Schwierigkeiten die Summe von 2 Milliarden längst überschritten. Sobald es die Lage gestattete, erfolgte aus eigenem Entschluß die Umstellung auf die langfristige Kapitalanlage und die Einschränkung der größeren Geschäfte mit der Industrie, die der größte Jörn der Privatbanken waren. Für den gewöhnlichen Mittelstand wurden von der Girozentrale 28 Millionen aus öffentlichen, 20 Millionen von der Rentenbankkreditanstalt vermittelt; aus eigenen Mitteln der Landwirtschaft in Saatgutkredit von 5 Millionen und ein landwirtschaftlicher Maschinenvermittlungskredit von 15 Millionen gegeben. Die erste Inlandsanleihe für Kommunen von 20 Millionen, die eben noch untergebracht wird, ist das Werk der Girozentrale. Der Abschluß eines 80-Millionen-Kredits für Kommunen in New York, die erste Einheitsanleihe Deutschlands überhaupt, ist zu günstigen Bedingungen in den nächsten Tagen zu erwarten. Die größte Uebertragung bieten aber

Die Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz.

Die Geschäfts- und Verwaltungskosten sind gegenüber dem Vorjahre, trotz ganz bedeutender Senkung der Zinsspanne und noch stärkerer Erweiterung der Geschäfte, nicht gestiegen, sondern gesunken. Sie betragen 4,25 gegen 4,50 Millionen im Vorjahre, also eine Viertelmillion weniger. Aus den Gewinnen von 5,57 Millionen bleibt nach Abschreibungen und Geschäftskosten ein Reinertrag von 0,60 Millionen. Dabei machte sich die Girozentrale durch Erwerb ihres Bankgebäudes in der Gertraudenstraße, Berlin, auf Dauer mietfrei. Die Rückstellungen sind vermehrt um weit über eine Million, von 0,80 auf 1,90 Millionen. Dazu kommen die Rückstellungen des Jahres 1925 mit einer weiteren Viertelmillion. Die Bilanzsumme ist von 197,72 auf 309,04 Millionen gestiegen. Dabei sind die von den Privatbanken so heftig bekämpften "fetten" Wirtschaftskredite, die die meisten Zinsen bringen, auf weniger als ein Sechstel der Bilanzsumme zurückgegangen. Trotz der Erweiterung der Geschäfte (vielfach unproduktiver, wie Hypotheken-, Sparfassenkredit und Anleiheaufwertung) ist der Personalbestand in Berlin und Frankfurt niedriger als im Vorjahre. Die Einlagen sind von 143,84 auf 218,78, die gesamten Gebührenerlöse (ohne Anleihen mit 3,51 Millionen) sind von 189,83 auf 282,48 Millionen erhöht. Die Liquidität ist verstärkt und steht außer Zweifel.

Bleibt man zurück, so ergibt sich, trotz aller Widerstände, trotz der bedeutend billigeren Kreditversorgung der Wirtschaft, eine ununterbrochene Kette von Erfolgen. Allerdings weniger für den eigenen Profit, als für die Volkswirtschaft. Diese Erfolge der öffentlichen Banken, die zum größten Teil das Ergebnis des Fortschritts der Privatbanken sind, machen allerdings den Jörn der Privatbanken begreiflich. Früher haben die Sparfassen das Feld bestellt, auf dem die Dividenden der Privatbanken wuchsen; weil sie heute gegen die Privatbanken das Feld der Gesamtwirtschaft bestellen, deshalb der Kampf gegen sie. Die Niederlage, die die Sparfassen und Girozentralen den Privat- und Großbanken heute bereitet, sie ist verdient.

Steigende Umsätze der Konsumgenossenschaften.

Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine.

Die Steigerung der Umsätze bei den einzelnen Verbraucher-genossenschaften — ein erfreulicher Beweis für die Antriebskraft der Genossenschaftsbewegung, die sich selbst in der Krise erhalten hat. — spiegelt sich auch in der Umsatzgestaltung bei den zentralen Genossenschaftsbetrieben wider.

Die Umsätze der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. v. H. in Hamburg im Jahre 1925 gestalteten sich wie folgt:

Im Jahre 1925	228 169 470 M.
1924	168 466 278
mithin eine Zunahme 59 703 192 M. — 35,44 Proz.	
Im Jahre 1925	35 339 389 M.
1924	26 298 324
mithin mehr 9 041 064 M. — 34,38 Proz.	

Die Umsatzsteigerung ist sehr erfreulich. Hoffentlich folgt dem vielversprechenden Anlauf des Jahres 1925 eine kräftige Fortsetzung im Jahre 1926. Das würde nicht nur eine zu weiterer, rascher Entwicklung und Erweiterung anspornende Stärkung der genossenschaftlichen Zentrale, sondern noch weit mehr eine Förderung der Interessen der Vereine und ihrer Mitglieder bedeuten.

Verlags-gesellschaft deutscher Konsumvereine.

Die Verlags-gesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg berichtet über ihren Umsatz für das Jahr 1925, das zum erstenmal wieder die Gegenüberstellung leidlich gleichwertiger Zahlen gestattet, wenngleich die recht erhebliche Steigerung

gerade aller Preise in den graphischen Berufen bei der Beurteilung berücksichtigt werden muß. Der Rehrumlauf ist ein erheblicher. Der Umsatz gestaltete sich wie folgt:

	1925	1924
Druckerei und Papierwarenfabrik	5 251 272 M.	3 171 616 M.
Versicherungsabteilung	2 892 582	2 890 582
Elektrizitätswerk	62 546	47 730
	7 706 350 M.	5 609 928 M.
Zusammen 1925	7 706 350 M.	
1924	5 609 928	
also 1925 mehr 2 096 422 M.		

Bar im Vorjahre der Zuwachs fast ausschließlich auf die Versicherungsabteilung zurückzuführen, die in diesem Jahre stabil blieb, so sind es diesmal Druckerei und Papierwarenfabrik, deren stärkere Beschäftigung das Ergebnis bedingte.

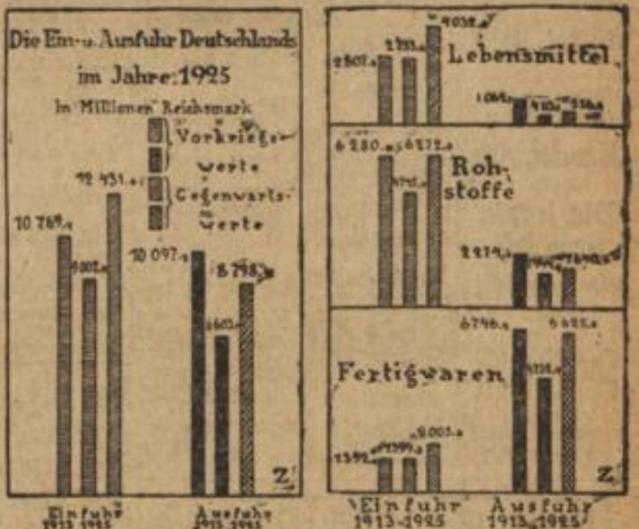
Wochen- und Monatsumsätze im Zentralverband.

Zur Wochenumsatzstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berichteten im Monat Dezember u. J. der rechnerisch fünf Wochen umfasse, 57 Konsumgenossenschaften mit 1677 848 Mitgliedern. Zur Berichterstattung sind nur die großen und größten Konsumgenossenschaften herangezogen worden. Die Gesamtzahl der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften betrug 1038, deren Mitgliederzahl 3 508 839. Der Dezember hat einen Umsatz gebracht, der höher ist als je zuvor. Der Gesamtumsatz betrug in den fünf auf den Dezember entfallenden Wochen 45 Millionen Mark. Dabei spielte naturgemäß das Weihnachtsfest eine große Rolle. Den höchsten Umsatz brachten die beiden Wochen vom 14. bis 19. Dezember und 21. bis 26. Dezember, nämlich 9,7 Millionen Mark bzw. 9,9 Millionen Mark. Auch in den beiden vorhergehenden Wochen stand der Umsatz bereits höher als in den früheren Monaten, nämlich auf 8,9 Millionen Mark und 8,8 Millionen Mark, während beispielsweise im November in keiner Woche mehr als 8 Millionen Mark umgesetzt wurden.

In allen Revisionsverbänden ist gegenüber dem Vormonat wie gegenüber dem Dezember des Vorjahres eine wesentliche Zunahme des wöchentlichen Durchschnittsumsatzes zu verzeichnen. Im Zentralverbandsdurchschnitt beträgt diese Zunahme gegenüber dem Vormonat 73 Pf. und gegenüber dem Dezember des Vorjahres 82 Pf.

Deutschlands Außenhandel im Schaubild. 1913 und 1925.

Die von uns bereits gewürdigten Zahlen über Deutschlands Außenhandel im letzten Jahre veranschaulichen in graphischer Darstellung den Rückgang der Handelsbeziehungen Deutschlands zur übrigen Welt; dieser bleibt bestehen, obwohl gegen das Jahr 1924 sich sowohl die Einfuhr von Waren nach wie die Ausfuhr aus Deutschland kräftig steigern konnte. Nachstehend sind die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik von 1913 und 1925 im Schaubild wiedergegeben, und zwar sowohl für den gesamten Außenhandel wie für die wichtigsten Warengruppen. Um erkennen zu lassen, wie bei einer Ausschüttung der Preisschwankungen seit 1913 der deutsche Außenhandel des letzten Jahres zu beurteilen ist, sind überall an zweiter Stelle Säulen gesetzt, die den Wert der Ein- und Ausfuhr von 1925 umgerechnet nach den Warenpreisen von 1913 (Vorkriegswerte) wiedergeben.



Erkennbar wird bei dieser Gegenüberstellung die Tatsache, daß der Einfuhrüberschuß 1925 wesentlich größer war als 1913, und zwar auch dann, wenn man nur die Vorkriegswerte miteinander vergleicht. Bei den einzelnen Warengruppen fällt auf, daß die jahrelang verbotene Ausfuhr von Lebensmitteln schon wieder einige Bedeutung gewinnt, was der künstlichen Begünstigung der Getreideausfuhr vornehmlich zuzuschreiben ist. Bei der in ihrer Gesamtheit hinter 1913 zurückbleibenden Ausfuhr ist es beachtlich, daß der Export von Fertigwaren hinter 1913 nach Gegenwertwerten nicht mehr wesentlich zurückgeht, ein Bild, das auch durch die vorübergehende Zunahme der Einfuhr von Fabrikaten nicht wesentlich beeinträchtigt wird.

Reiche Dividenden. Das Warenhaus Rudolph Karstadt (Karstadt A.-G.) Hamburg kündigt die Ausschüttung einer Dividende von 10 Prozent an. Die Frankfurter Schifferhof-Binding-Brauerei wird eine Dividende in Höhe von 20 Prozent verteilen.

Fritz Massary die unvergleichliche **3s** Zigarette
überrascht selbst sehr Verwöhnte

Reform des Strafvollzuges.

Debatten im Landtag.

Der Landtag nahm nach Eintritt in die Tagesordnung ohne Aussprache die Ausführungsvorlesung über die Fürsorgepflicht an und ging dann über zur Besprechung zahlreicher Anträge für die

Reform des Strafvollzuges.

Der Rechtsausschuss hat ein ausführliches Reformprogramm vorgelegt, und ersucht das Staatsministerium, es möglichst beschleunigt durchzuführen. In dem Programm verlangt der Ausschuss u. a., daß das Anstalts- und Aufsichtspersonal der Strafanstalten eine der Eigenart des Berufs entsprechende Ausbildung erhalten und soweit vermehrt werden, daß eine wirtschaftliche Ausnutzung der vollen Arbeitskraft der Gefangenen möglich ist. Die Aufsicht und Kontrolle über alle angestellten Ärzte, Geistliche und Lehrer soll durch je einen bei der Strafvollzugsabteilung im Justizministerium angelegten sachmännischen Referenten ausgeübt werden. In größeren Anstalten mit einer Durchschnittsbelegung von 500 und mehr Gefangenen soll ein Arzt hauptsächlich angestellt werden, dessen tatsächliche Tätigkeit nur in bestimmten Grenzen ausgeübt werden darf. Auf je 300 Gefangene desselben Bekenntnisses ist ein Geistlicher hauptsächlich zu ernennen. Weitere Reformvorschläge betreffen die Unterbringung, Wäsche und Kleidung, Beschäftigung, Bücherlesen, Bepflanzung, Befahrung, Briefverkehr und Besuche der Gefangenen sowie die Gefangenenernährung und nach der Entlassung usw. Das Justizministerium soll alljährlich dem Landtag einen Bericht über die preussischen Strafanstalten vorlegen.

Abg. Gehrmann (Soz.)

trat mit Wärme für die Forderung des Botes der Gefangenen ein und legte im einzelnen die Reformvorschläge der Sozialdemokratie für eine humanere Befahrung des Strafvollzuges dar. Der Rechtsausschuss ist den sozialdemokratischen Forderungen bis zum gewissen Grade entgegengekommen. Was wir Sozialdemokraten von einem humanen Strafvollzug verlangen, ist noch nicht erreicht. Der Strafvollzug gehört nicht in die Hände der Behörden, die die Strafe verhängen. Der

Anstaltsleiter muß ein modern eingestellter Mann sein, mit humanem Empfinden. Auf die Persönlichkeit des Anstaltsleiters kommt unendlich viel an. Was er denkt und fühlt, das geht auch auf die ihm unterstellten Beamten über. Hier gilt das Sprichwort: Wie der Herr, so's Gescheh. Die das Verhalten der Beamten gegenüber den Gefangenen, so der Respekt der Gefangenen vor den Wächtern. Nur ein humaner Strafvollzug kann z. B. die Arbeitsfreudigkeit der Gefangenen heben. Ein besonderes Kapitel ist die Arztfrage. Was hier durch falsche Sparbarkeit und Nachlässigkeit angerichtet werden kann, haben wir im Falle Höffe schauernd erlebt. Diese Zustände können auf keinen Fall mehr geduldet werden. Reist ist der Arzt nur nebenberuflich in den Anstalten beschäftigt, d. h. in tausenden von Fällen ist kein Arzt da, wenn plötzlich ein Krankheitsfall eintritt. Hauptamtlich angestellte Ärzte für die größeren Anstalten, mindestens für die Anstalten mit einer Durchschnittsbelegung von 500 Gefangenen ist eine unbedingte Notwendigkeit. Die Anstellung von hauptamtlichen Ärzten kostet Geld und die Belastung von etwa einer halben Million ist keine Kleinigkeit. Gleichwohl: Sparbarkeit in diesen Fällen ist sehr übel angebrochene Sparbarkeit und wir erwarten vom Ministerium, daß es den Beschlüssen des Ausschusses nachkommt. Man muß sich vergegenwärtigen, was für ein namhafter Betrag bei Kapitalisierung der Unterbringung, die an Frau Dr. Höffe gezahlt wird, herauskommt; mit dieser Summe hätte eine ganze Reihe von Ärzten bezahlt werden können. Die Ärzte der Gefangenenanstalten haben es mit einem ganz besonderen Menschenmaterial zu tun. Für die Anstalten sind vor allem Psychiater notwendig; denn der Arzt soll ja die Gefangenen nicht nur behandeln, wenn sie krank sind, sondern auch sonst beobachten und mit Rat und Tat unterstützen. Notwendig sind ferner bei den größeren Anstalten ausgebildete Krankenpfleger. Schließlich darf der Arzt nicht außerhalb der Anstalt wohnen, sondern er muß jederzeit zur Stelle sein. Denn dem kranken Menschen muß geholfen werden, ganz gleich, ob er in Freiheit oder in Gefangenschaft ist. Ebenso müssen die Lazarette menschenwürdige und freundliche Räume enthalten; die Finke des Gefangenen soll doch durch die ganze Umgebung mit guter Eindrücke auslösen. Will man ein brauchbares Aufsichtspersonal, dann muß dieses auch ansäblich bezahlt werden. Das Sparen hier ist grundverfehlt, denn der Aufsichtbeamte ist die Seele des Strafvollzuges. Das darf man nicht vergessen. Der Ausschuss war sich einig, daß das Hilfsbeamtenwesen abgebaut werden muß; dabei müssen

Märkte vermieden werden. Man kündigt jetzt oft Hilfsbeamten, die jahrelang im Dienst waren und die Leute stehen am Tage der Entlassung ohne Existenzmittel da.

Mit der Gefangenearbeit sieht es besonders traurig aus. In den Strafanstalten wird nach geradezu vorhistorischen Arbeitsmethoden gearbeitet. Kein Wunder, wenn unter diesen Umständen die Kosten des Strafvollzuges sich unnötig vergrößern: 1926 18 Millionen mehr als 1913. Das muß nicht sein. Freilich wer auf dem Standpunkt steht, daß die Arbeit nicht erzieht, sondern strafen soll, wird niemals für eine vernünftige und ergiebige Arbeitsweise in den Strafanstalten zu haben sein. Die Gefangenearbeit ist ein Erziehungsmittel und deshalb müssen die Anstalten dort liegen, wo die Gefangenen hauptsächlich mit landwirtschaftlicher Arbeit beschäftigt werden können. Dann fällt auch die Schmutzkonturierung gegen das Handwerk weg. Die meisten unserer Strafanstalten bestehen aus total verfallenen Baulichkeiten, die oft aus dem 16. und 17. Jahrhundert stammen, und infolgedessen völlig unhygienisch sind. Bei der Anlage neuer Anstaltsbauten muß mit dem Grundbesitz gebrochen werden, daß jeder Kammergerichtsbezirk seine Strafanstalt haben muß. Zwölf Anstalten sind für Preußen genug; man muß sie nur so legen, daß sie genügend landwirtschaftliche Fläche um sich haben. Dann kann auch die Ernährung der Gefangenen viel billiger als bisher beschafft werden. Acht Stunden Arbeit sind für die Gefangenen genug, wenn man ihnen Zeit lassen will, daß sie auch noch ein gutes Buch lesen. Und das sollen sie doch, da sie als bessere Menschen die Anstalt verlassen müssen. Zu diesem Zweck muß auch die Fürsorge schon während des Strafvollzuges einleiten und nicht erst nachher. Der Strafvollzug muß so sein, daß kein Gefangener, der durch einen wirklich humanen Strafvollzug hindurchgegangen ist, jemals wieder ins Gefängnis zurückkommt. (Weiter Beifall bei den Soz.)

Ein Zwischenfall.

Im weiteren Verlauf der Aussprache, in welcher die Redner fast sämtlicher Parteien für die Ausdehnung der Strafanstalten, kam es zu einem kurzen stürmischen Austritt, als der deutschsozialistische Abg. Neugebauer mit dem kommunistischen Abg. Menzel in einer Streit über das Christentum in Strafvollzug geriet. Ein paar Ordnungsrufe des Präsidenten waren nötig, um die Ruhe wiederherzustellen. — Dienstag 12 Uhr Weiterberatung.

Theater, Lichtspiele usw.

Volkshöhne
Zum 50. Male
Wer weint um Judenhack?
Morgen 8 Uhr
Von Hauptmann von Venedig

Staats-Theater
Opernhaus
8 Uhr: Wozzeck
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Der fliegende Holländer.

Schauspielhaus
8 Uhr: Faust I.
Schiller-Theater
8 Uhr: Jugend

Städtische Oper
Charlottenburg
8 Uhr:
Ariadne auf Naxos
Aboon-Turnus III.

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr:
Jurcz und Maximilian

Kammerspiele
8 Uhr:
Die letzte Geliebte

Die Komödie
Kerfensdamm 725/7
8 Uhr:

Gesellschaft
11 1/2 Uhr:
Nachtvorstellung
„Der blaue Vogel“

Lessing-Th.
8 Uhr:
Gästespiel Salzenburgs Räubern
Kronprinzessin Luise

Kleines Th.
8 Uhr:
Dybuk
(Der Dämon)
von An-Ski
Regie: Viertel

Metropol-Theater
Tägl. 8 Uhr
No no Nanette

Deutsches Künstler-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Paganini
Th. a. Kurfürstendamm
Tägl. 8 Uhr:
Die Nacht der Nächte
Th. a. Schillerdamm
Tägl. 8 Uhr:
Der fröhliche Weinberg
Lustspielhaus
Ab heute bis inkl.
4. Febr. 8 Uhr:
Der kleine Kuppler
Wallner-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Keipportage

Central-Theater
8 Uhr:
Internal Varieté

GRÖßES
Schauspielhaus
CHARELL-REVUE
TÄGLICH 8 1/2

Sport-Palast
Täglich:
Voller Eislaufbetrieb
von 10 Uhr morgens ab
abends **Eisballet**
Sonnabend, den 6. Februar:
Böser Bubenball.

Reichshallen-Theater
Kleinstädtisch 8 Uhr und Sonntag nachm. 1 Uhr:
Sietliner Sänger
Nachm. halbe Preise
volles Abendprogramm!
Dönhoff-Brett
Mario Costa, Anja Arschewa, Geschw. Salzeff.
10 große Nummern!

WINTERGARTEN
Die
Revue der Lilipulancer
im
sensationalen Februar-Spielplan
Dazu
10 internationale Attraktionen
Rauchen gestattet

Der gute Kapitän-Kaufabak
ist in den meisten Drogen-
geschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Gold- u. Silbermiede!
Donnerstag, den 4. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, im „Dresdener
Garten“, Dresden-Str. 145:
Branchenversammlung
der Gold- und Silbermiede.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme
zu unserem Kautelar 2. Diskussion
3. Branchenangelegenheiten.
Alle Kollegen und Kollegen werden
erlaubt, wegen der wichtigen Tagesordnung
bestimmt zu erscheinen.

Erstklassige Spirituosen
la Aquavit, 35 % Ltr. M. 2.95
la Weinbrand-Verschn. 38% „ 3.50
la feinsten Weinbrand, 38% „ 4.20
la Jam.-Rum-Verschn. ca. 45% „ 4.45
la Jam.-Rum-Ver. (Teerum) ca. 55% „ 3.40
Spezial-Likör, ca. 38% „ Ltr. 4.45
die bek. Süßkind-Likör ca. 38% „ 4.25
Süßkind Privatbrand, 38% „ 4.75
Charente Weinbrand, ca. 42% „ 4.75

Kostproben gratis
Ausschank direkt vom Fab
Likör-Fabrik u. Weinhandlung
Eduard Süßkind
Hauptgeschäft: Brunnenstr. 42-43
Berlin N: Chausseestraße 76
Berlin N: Müllerstraße 144
Berlin O: Koppenstraße 87
Berlin SO: Grünauer Straße 15
Moabit: Wilsnacker Straße 25
Steglitz: Schloßstraße 121
Neukölln: Berliner Straße 13

Apollo-Theater
Friedrichstraße 218, Untergesch. d. Kadest.
Täglich 8 Uhr:
Berlin lacht
über die beliebten Fritz
Steidl-Sänger
Stimmung / Humor / Frohsinn
die Ukiade
Erllebnisse eines Verstorbenen
Vollständliche Preise von 0.50—2.50 RM.

Der Massen-Einkauf
gestattet mir folgendes billiges Angebot
100 000 Liter
Fruchtweine Zucker vergoren,
ca. 14% mit Steuer
Weißelbeer- u. Apfelwein Ltr. M. 0.87
Fruchtwein, Portweinstyp „ 0.90
Johannisbeerwein „ 1.02
Stachelbeer- u. Kirschein „ 1.68

35 000 Flaschen
Rot- u. Weißweine
Serie 1 mit Steuer ohne Glas M. 0.99
Serie 2 mit Steuer ohne Glas M. 1.32
Serie 3 mit Steuer ohne Glas M. 1.89
Serie 4 mit Steuer ohne Glas M. 2.36

Gardinen
Sonderangebote
Gleichenb.-Käule
in Resten
Stoffe, Bekleidungs-
Modras- und
Kleidergardinen.
Spezial-Cardanverteilung
Neukölln, Bergstr. 57
am Ringbahnhof.

Goldstück
Deutscher Weinbrand
Stück-Silber



In der Nacht vom 30. zum 31. Januar verstarb nach
schwerem Leiden
Herr Ratzimmermeister
Herrmann Geister
Seine persönliche Anteilnahme und sein menschliches
Mitleiden in den Riten der kühnen Zeit werden uns
unvergessen bleiben.
Die Arbeitnehmer der Firma Geister

**Rosier-
bedar**
LJUEGENS

Zentralverband der Musikanten und Reiter,
sowie Berufsvereine Ostpreußens,
Inhaberin: Carl-Heinrich
Wir erfüllen hiermit die traurige
Pflicht, den Tod unseres langjährigen
Mitglieds
Wilhelm Kassube
verstorben 30. Januar, vom Begleit
Tage, bekanntzugeben.
Es sei seinem Andenken
Die Ortserhaltung.
Die Beerdigung findet statt am
3. Februar, nachm. 5 Uhr, in Wittenau
Gemeindekirchhof.

Am Sonnabend, den 30. Januar,
verstarb plötzlich an Schlaganfall
meine innig geliebte Frau, unsere
herzensgute Mutter, Schwiegermutter,
Schwester, Schmeßgerin und tante
Anna Bormann
geb. Ewert
im 48. Lebensjahre. Dies gelien Mit-
teilung an
Paul, Kurt, Karl Bormann,
Erna Bormann geb. Hinz
Einsegnung: Donnerstag, den
3. Februar, nachmittags 5 Uhr, im
Strem-Baumkühnenweg, Niesholzstraße

Haupt- und Schluss-Ziehung
vom 3. bis 27. Februar
Preussische Staats-Lotterie
100 000 Gewinne im Gesamtwert von über
35 Millionen R.-M.
Höchstgewinn auf 1 Doppelton:
2 Millionen R.-M.
Höchstgewinn auf ein ganzes Los:
1 Million R.-Mark
Hauptgewinne:
2 Prämien zu je ... **500 000 R.-M.**
2 Gewinne zu je ... **500 000 R.-M.**
2 Gewinne zu je ... **300 000 R.-M.**
2 Gewinne zu je ... **200 000 R.-M.**
2 Gewinne zu je ... **100 000 R.-M.**
Doppellose 240 R.-M., Ganze Lose 120 R.-M.,
Halbe Lose 60 R.-M., Viertellose 30 R.-M.,
Achtellose 15 R.-M.,
empfiehlt und veranstaltet auch unter Teilnahme
Kröger Staats-Lotterie-
Einnehmer
Berlin W 8, Friedrichstraße. 192/193
an der Leipziger Straße.
Postfach 1000 Berlin 31 048, Telefon: Nörkar 2733

Herrnfeld
intimes Th. 8 U.
Zwei große Söhne:
Jamil, Schmoek
Nahriaspatrie
kleine Friedenapr.

Walhalla-
Theater
Weinbergweg
8 1/2, Täglich 8 1/2
Das Mädchen ohne Ehre
Parkett nur 50 Pf.
Sonnt. nachm. 4.
Kostkappchen

Theater Im
Admiralspalast
Täglich 8 1/2, Uhr:
Kaller-Revue
Achtung!
Welle 505
3. billige
Woche
Pr. I bis 8 M.
die ganze Vorst.
erhalten Preis

Neue Welt
A. Scholtz :: Wasenheide 108-114
Dienstag, den 3. Februar, sowie täglich:
Bockbierfest
in den bayer. Alpen
3 Kapellen/Neue Dekorationen, 30 bayer. Madl
Ausstoß d. berühmten Bergschloß-Jubil.-Bock
Prämierung der originellen
weißen Damen-Phantasiefrisur
3 bare Goldpreise: 75, 50 und 25 M.
Anmeldungen v. 9-10 U. abends a. d. Kasse
Außerdem:
Braten von 6 ganzen Schweinen
auf dem Riesen-Lucullus-Bratapparat
Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Porzellan-Woche
zu enorm billigen Preisen
Tafelservice, Kaffeeservice
Gebrauchsgegenstände aller Art
in bekannt guten Qualitäten
P. RADDATZ & Co
Leipziger Straße 122-123
Bitte unsere Schaufenster zu beachten!

Der Mann mit dem Vogel.

Von Heinrich Verch.

„Zeit einigen Tagen quält mich mein Junge unablässig mit der Frage: „Was ist das eigentlich, dichten? Vater?“

„Ich überleite; ich hatte es ihm schon als Singen und Erzählen erklärt, aber da auch Leute, die nicht Dichter sind, singen und erzählen können, glaubt er mir nicht mehr so recht.“

„Siehst du, Erna,“ sagte er zu seiner Mutter, „was mir für einen dummen Vater haben, der weiß gar nicht, was seine Arbeit eigentlich richtig ist.“

Da kam der Lumpenmann, der Holztiere und Windmühlen gegen alles Geflügel eintauscht, und darüber ward die Dichterei vergessen.

Ein paar Tage später fuhr er zu unserem Freund Windler, der in Wärs wohnte. Der Dichter war gerade daran, das Bomberg-Buch fertig zu machen. Er schnitt die gestrichenen Stellen aus dem Manuskript, legte die verwechselten Seiten ein, klebte und leimte die Geflügel wieder zusammen.

Manni sah mit Erstaunen dem Kleben zu und schlich sich an den Schreibtisch.

„Onkel Windler,“ fragte Manni, „ist Dichten Seimen?“

„Windler sah in das ernste, erstaunte Kindergesicht und sagte freundlich: „Ja, Junge, du hast recht! Erst schreibt und dichtet man sich allerhand zusammen, und dann schneidet man es wieder kaputt, und dann kommt die Hauptsache: Richtig zusammenleimen. Das verplüßerte, zerfahrene, verlogene Leben zusammenleimen, das ist Dichten!“

Als wir ein paar Tage später nach Hause kamen, ging Manni in die Werkstatt und holte den großen Leimtopf.

„Den stelle ich Vater auf den Tisch, damit er besser dichten kann. Schreiben, das kann Vater schon, aber Seimen, das kann er noch nicht!“

Drei Tage lang thronte der Leimtopf auf meinem Tisch.

Da kam eines Tages Jakob Kneip zu Besuch. Wir sprachen auch von unserer Arbeit. Als Manni zu Bett ging, sagte er zu Kneip: „Jakob, wann spricht ihr denn vom Seimen?“

„Vom Seimen, Manni, was sollen wir vom Seimen sprechen?“ stammte Jakob Kneip.

„Ja, Jakob, dichten und schreiben, das können alle Leute, aber Seimen, das kann nur der Onkel Windler in Wärs. Der Seimt seine Bücher zusammen und sagt: „Seimen ist Dichten!“

Als Kneip wieder weg war, kam Manni traurig zu mir und sagte: „Vater, nun sage mir, was ist denn Dichten richtig?“

„Als ich nach Worten suchte, sagte er zu seiner Mutter: „Da siehst du es wieder, wie dumm die Dichter sind, sie wissen alle nicht, was Dichten eigentlich richtig ist. Alle Leute wissen, was ihre Arbeit ist, ich weiß, was Schmieden ist und Hausbau und Schreiner und Gartengraben. Bloß Dichten, das weiß keiner! Das ist doch traurig, wenn man so einen dummen Vater hat.“

Da kam ein Freund, der Privatdozent an der Universität zu Berlin war. Natürlich lachte Manni. Und als vom Dichten gesprochen wurde, wurden seine Augen weit.

„Der Onkel Professor, der weiß, was Dichten eigentlich richtig ist, der weiß überhaupt mehr, wie deine dummen Dichter!“ behauptete ich Manni auf ihn.

Als der Junge mit der Frage herausrückte: „Onkel Herrmann, was ist Dichten?“, ging ich einen Augenblick abseits. Rechte der ansehende Literaturprofessor sich allein aus der Tasche heilen. Und er half sich und hoff mir.

Manni machte ein höchst befriedigtes Gesicht, und ein paar Tage hatte ich Ruhe vor dem fragenden Jungen.

Für diesen Erfolg danke ich von Herzen hiernächst öffentlich allen Vertretern der Literaturwissenschaft! Bisher hatte ich keine Ahnung, wozu sie eigentlich gut war.)

Dann aber, nach dem Mittagessen, drückte Manni sich an mich heran und sagte verlegen: „Vater! Was ist auch wieder. . .“ Er schämte sich.

„Dichten ist. . .“, stotterte er, „Dichten ist. . . Nun hab' ich es wieder vergessen!“

Leider muß ich den vorher ausgesprochenen Dank wieder zurücknehmen, und mein Wissen um die Wissenschaft löst sich in Dunst auf.

„Als Schluß mit der Fragerell! Jetzt sag' ich dir, was Dichten ist! Manni, komm auf meinen Schoß. Ich werd' es dir sagen!“ (Leider mußte ich noch selbst nichts.)

„Als. . . Rein. Pah auf. Nun, was ist dein Vater?“ (Ich gemaine Zeit.)

„Du? Du, Vater, du bist dumm!“

„Ja, mein Junge, nun paß auf: Woher weiß der Vater denn alles das, was er so fleißig aufschreibt und wofür er seine Büchlein bekommt? Woher weiß der Vater das? Die Mutter sagt es ihm nicht und der kluge Opa sagt es ihm auch nicht. Auch der allerklügste Herr Professor kann dem dummen Vater nichts Neues sagen! Wer mag ihm das denn alles sagen, was er aufschreibt? Der Vater sitzt doch immer so allein. Wer sagt ihm das nun alles?“

„Kleine Oma sagt, der liebe Gott weiß alles!“, unterbrach er mich, und ich geriet aus dem mühsam gefundenen Gedankenweg. „Wo der liebe Gott! Gut, der ist aber doch für alle Menschen da. Warum sagt er es denen nicht, daß sie es auch aufschreiben können.“

„Da ist der himmlische Telephonbrat kaputt, bei den anderen Leuten.“ schimpfte Manni mir ins Gesicht.

„Richtig, mein Junge! Das stimmt! Früher, da konnte der liebe Gott mit allen Leuten sprechen, und er sagte ihnen, was sie wissen wollten und was er ihnen zu sagen hatte. Aber jetzt haben die Leute keine Zeit mehr dafür. Die müssen wie der Vater in die Fabriken gehen und arbeiten. Und müssen immer an Geld denken und Brot und Kleider und Schuh. Und haben gar keine Zeit mehr, auf den lieben Gott zu hören. Auch der Vater, der hatte immer bloß Kessel im Kopf, Transportkessel, Teekessel, Dampfkessel, und die vielen Zahlen davon, weißt du? $3,14 \times 1800 = 5652$. Und Löhnung für die Gefellen und Geld für das Holzwerk. Und die Ohren voll Bumbum vom Kesselschlagen. Da auf einmal, als der Vater im Garten beim Graben war, sieht er sich einmal um, und da lachen ihn die Bäume aus und die Blumen und die Pflanzen und die Vögel am Himmel, und die Sträucher lachen ihn aus. „Du dumme Vater! Was denkst du soviel und weißt doch nichts Gekochtes. Was siehst du in den Büchern und in den Zeitungen und lächst doch nicht! Warum bist du immer so traurig? Schrien und lachten alle Blumen und Bäume. Und da, auf einmal, lag ein ganz kleines Vögelchen, das setzte sich bei dem Vater auf die Schulter und sagte ihm (siehe ins Ohr): „Komm, du dumme, dumme Vater! Komm, ich sag' dir alles, was du wissen willst, hör' auf mich!“

Natürlich wollte der Vater das gern. Und er ging dann ganz still in den Garten und in den Wald, und der Vogel lag auf seiner Schulter und sang ihm alles ins Ohr. Wenn der Vater aber an den Autos vorbeikam, dann schwebte er still, und wenn der Manni Vater brüllte, dann lag er gar fort.

Aber wenn nun der Vater still an seinen Büchern arbeitet, und niemand stört ihn, dann sitzt Vögelchen ganz nah an seinem Ohr und sagt ihm alles; der Vater schreibt, und wenn er es richtig versteht, dann fliegt Vögelchen schnell in den Himmel und fragt noch einmal nach. Siehst du, das ist Dichten. Das Aufschreiben, was das Vögelchen von der Welt, von Gott, den Menschen, Bäumen, Wollen und Tieren sagt. Ein Dichter ist ein Mann, der einen Vogel hat.

Pfandleihe.



Und jeder hat noch ein letztes Hemd
Und jede ein letztes Paar Schuhe.
Und wenn uns der Regen die Haare kämmt,
Brauchst keines mehr Betten zur Ruhe.

Die Teller und Tassen, die brauchst du nicht mehr,
Wenn selten das Brot wird im Hause.
Und der Mantel ging hin und der Rock muß her,
Denn der Hunger, der kennt keine Pause.

Und morgen — was wird morgen sein!
Schlingt sich der Streik? Wird Arbeit kommen?
Wird Dunkel sein? Ein lichter Schein?
Was macht uns frei — was wird uns frommen?

Das wissen alle Leute, frage sie nur einmal. Und sie werden sagen: „Der Mensch, natürlich! Der hat einen Vogel!“

Das hatte Manni begriffen.

Ein paar Tage später kam Manni in die Küche zu seiner Mutter gefahren. „Wo ist Vater?,“ rief er, „ich muß ihm ganz was Extras sagen: Ich hab' auch einen Vogel! Als ich da oben im Garten unter den Himmlern lag, da auf einmal hör' ich ganz leise sagen: „Manni, lauf in die Küche! Mutter hat Apfelsuchen gebacken und backt dir den ersten und gibt ihn dir sofort. Und die Mutter hat auch noch ein Stück Schokolade für dich!“

„Bahrhaftig!“ sagte die Mutter, „ich hab' eben gedacht, jetzt willst du mal schön Apfelsüßigkeiten backen, den mag der Vater so gern. Und um das Vögelchen nicht gleich zum Lügenbold zu machen, opferte die Mutter das Stück Schokolade.“

Vögelchen ist eine Welle der gute Geist des Hauses. Eines Abends kommt Manni und sagt, daß er im Keller die Leinwandstücke umgemoren. „Ich hatte schon vergessen, es dir zu sagen, aber dann kam Vögelchen und hat mich daran erinnert. Ach, Vater, nun hat das Verfahren seinen Zweck mehr, Vögelchen hat mir doch alles, wie es richtig ist, wenn ich was angefangen hab.“

Vögelchen ist langsam der Schrecken der Großmutter und Tanten geworden. Vögelchen brüht Kasser von Wärschen aus und schwindelt durchbare Geschichten zusammen. Seine Phantasie geht über Wohl- und Unwohlsein und herkömmliche Sitten. Manni und sein Vögelchen bringen uns in Berruf.

Wenn ich keinen tollbreiten Schwindelstein nicht glaube, just er die Schultern und lacht: „Vögelchen hat es gesagt!“

Wenn es Abend wird und die Mutter nicht da ist, dann ist unsere Stunde gekommen. Wir hocken zusammen und schwindeln im Afford.

Worin die Alten uns schlagen.

Wir haben es heute so herrlich weit gebracht, daß wir mit einer gewissen Geringschätzung auf die Leistungen der Vorfahren zurücksehen. Aber wenn diese Betrachtung in geistigen Dingen ganz unangebracht ist — griechische Kunst und Weisheit wird nie übertroufen werden —, so ist sie doch sogar auch in Fragen der Technik nicht ganz zutreffend, denn es gibt so manche Dinge, in denen uns die Alten noch heute schlagen. Man denke z. B. an die Werke der alten Malerei. Bilder, die ein halbes Jahrtausend alt sind, wie die Werke eines Jan van Eyck oder Giotto, prägen heute noch so herrlich wie am ersten Tage. Es ist aber mehr als zweifelhaft, ob die heute gemalten Bilder so lange standhalten werden, und wir haben eine Fülle von Beispielen aus der jüngsten Vergangenheit, die zeigen, daß wir es heute verlernt haben, so dauerhaft zu malen. Deshalb strebt man seit langem danach, das Geheimnis des Malgrundes und der Farbermittlung zu ergründen, das die Künstler des Mittelalters behielten. Die fabrikmäßige Herstellung der Farben, die geringere Sorgfalt ihrer Handhabung, die gerade durch die Fortschritte der Technik hervorgerufen wird, hat die Dauerhaftigkeit beeinträchtigt. Nicht anders ist es mit den Bauten der Alten. Die Mauern altrömischer Architekturwerke oder mittelalterlicher Burgen erscheinen so für die Ewigkeit gefügt, daß es uns ganz unbegreiflich dünkt. Man hat nach dem Mörtel geforscht, den die Alten verwendeten, und diese Bemühungen zeigen sich in merkwürdigen Sagen, wie z. B. in der, daß die preussischen Ordensritter beim Anrühren des Mörtels „Buttermilch“ verwendeten. Solche alten Mauern lassen sich nur durch Dynamitexplosionen auseinanderbringen, während die Bauwerke unserer Zeit leider eine solche Festigkeit nur selten aufweisen. Lange Zeit zerbrach man sich auch den Kopf über die Zusammenfügung der altrömischen Leinwand, die aus der sogenannten „terra sigillata“ bestehen. Diese Fabrikation ist erst in neuerer Zeit von dem bayerischen Töpfer Fischer wieder entdeckt worden. Sannin, das Fett, das aus der Wölle der

Schafe hergestellt wird, wurde von den Griechen bereits vor 2000 Jahren verwendet. Dann war dies Geheimnis vollkommen verloren und ist erst spät im 19. Jahrhundert wieder aufgefunden worden. Die alten Römer konnten auch bereits ein Anstrichmittel, durch das das Rosten von Eisen verhindert wurde. Auch dieser wichtigen Erfindung der Alten ist man erst ganz neuerdings wieder auf die Spur gekommen. Vor einem halben Jahrhundert haben wir bei den Mumien der Ägypter, die die Einbalsamierungskunst zu einer heute nicht wieder erreichten Höhe vervollkommen hatten. Wir sind heute stolz auf die Güte des Stahls, den unsere Werke herstellen. Aber niemals hat man die Feinheit des Stahls erreicht, der vor 1000 Jahren bei den Degenlingen der Sorazenen verarbeitet wurde.

Die singenden Mäuse. Daß Mäuse eine unentzerrbare Vorliebe für Musik haben, ist bekannt — die kleinen Tierchen der guten alten Zeit machten daraus ein hehrliches und gutes Geschäft. — Leute, die denn doch wohl mit mehr Phantasie, als exakter wissenschaftlicher Beobachtungsgabe behaftet sind, wollen sogar wissen, daß es den Mäusen, wenn sie nachts in ein Zimmer geraten, in dem ein offenes Klavier steht, einen Hauptpaß mache, über die Tasten zu laufen und sie zum leisen Anschlagen zu bringen. Daß Mäuse sehr niedlich piepen, weiß auch jeder, der einmal mit ihnen näher zu tun gehabt hat, begabte Mäuse sollen sogar regelrecht singen können. So führt neuerdings der englische Naturforscher Wood die Beobachtung eines gewissen Bampfled an, in dessen Küche, und zwar unter dem Gefäß, Mäuse es sich mit ihrer Brut bequem gemacht hatten. In der Küche befand sich zufällig auch ein Kanarienvogel, dessen Teller allmählich zunächst allerdings nur sehr unvollkommen, von den Mäusen nachgeahmt wurden, und zwar sowohl bei Tag wie bei Nacht. Der Gesang der Mäuse war süß und zart, nur er hatte nicht die Kraft und Fülle des Gesangs des Vogels, er war aber doch angenehm zu hören. Bampfled fühlte sich veranlaßt, auch andere ähnliche Fälle zu beobachten, und er überzeugte sich, daß Mäuse, die von klein auf mit Singvögeln in Kontakt kommen, in kurzer Zeit in gewissem Umfange singen lernen. — Viele andere Forscher haben sich ebenfalls mit diesem Raufgelegen befaßt. So hat Bechm gehört, daß die Großwürden-träger in China sich in eleganten Vogelbauern anstatt der Vögel Mäuse halten, deren Gesang die fremden Reisenden in Steinern lezt. Im übrigen hält Bechm selbst nicht viel von dem Mäusegesang. Er denkt dabei vielmehr an frunkte, an Atemnot leidende Tiere, die vielleicht auch Schmarotzer in der entzündeten und verengten Luftröhre haben oder an krankhaften Veränderungen in der Lunge leiden und so Geräusche hervorbringen, die eine gewisse Ähnlichkeit mit musikalischen Tönen haben. Dagegen sprechen viele andere Naturforscher mit Ueberzeugung von dem Mäusegesang, unter ihnen Dr. Eichelberg, auch ein Deutscher, der vor längeren Jahren in Kassel eine Singmaus beobachtet zu haben behauptet.

Neuerwertung von Zeitungspapier. Die deutsche Reichspost befördert 1924 täglich rund 6 Millionen Zeitungen und Zeitschriften, denen man ein Gewicht von rund 200 Tonnen zuschreiben kann. Diese Masse wird gelesen und fällt dann als wertlos fast vollständig der Vernichtung anheim. In ihrer Herstellung sind aber jährlich ungefähr 170 000 Tonnen Holz nötig, abgesehen vom Kohlenverbrauch. Dies ist ungefähr der Jahresertrag von 300 Quadratkilometer Wald. Für jeden erwachsenen Deutschen werden also jährlich etwa drei Bäume gefällt, um daraus Zeitungspapier zu machen!

Bekanntlich kann man das alte Zeitungspapier nicht wieder verwerten, weil die Rußdruckerdrucke sich nicht entfernen läßt. Dadurch gehen ungeheure Werte verloren. Neuere Versuche sollen mit Braunkohle statt Ruß glänzende Ergebnisse gezeitigt haben. Jetzt ist der neue Druck durch, so gehen die jährlich zwei Milliarden Exemplare von Zeitungen künftig nicht mehr für die Wiederverwertung auf Papier verloren, aber anders ausgebrütet: Zeitungsmakulatur wird wertvoller. . .

